



Hamm: Für Demokratie und Toleranz
Handlungskonzept gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	2
1.1. Auftrag und Konzeptentwicklung	4
1.2. Begriffserklärung	4
2. Handlungskonzept	7
2.1. Leitbild	9
2.2. Analyse	10
2.3. Ziele	13
2.3.1. Bürgerschaftliche Beteiligung	13
2.3.2. Politische Bildung und gewaltfreie Erziehung	14
2.3.3. Kinder- und Jugendarbeit	16
2.3.4. Sport	17
2.3.5. Interkultureller Dialog	18
2.3.6. Interreligiöser Dialog	19
2.3.7. Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz	19
2.4. Handlungsschwerpunkte	21
A Zivilgesellschaftliche Bündnisse und bürgerschaftliche Beteiligung	21
B Politische Bildung und gewaltfreie Erziehung	28
C Jugendarbeit, Freizeit und Sport	32
D Interkultureller und Interreligiöser Dialog	35
E Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz	37
3. Handlungsempfehlungen und Umsetzung	42
3.1. Handlungsempfehlungen	42
3.2. Finanzierung	43
3.3. Schwerpunkte im Kontext des Programms „Demokratie leben“	45
3.4. Praxisevaluation	46
Anlagen	
Hammer Appell	48
Eckpunkte zur Arbeit am Runden Tisch	49
Erarbeitung des Handlungskonzeptes	51
Stadtgeschichte der Zuwanderung - Zusammenfassung	54

Titelbild: Ausstellung 100 Bilder für Demokratie und Toleranz im Saalekreis 2013/2014

1. EINLEITUNG

Demokratie und Toleranz gegenüber Menschen verschiedener Nationen, Religionen und Kulturen haben in Hamm Tradition. Seit den neunziger Jahren entwickelt sich die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern als gesellschaftspolitisches Leitbild Hamms, das in der Stadtgeschichte bis heute fortgeschrieben wird.

Für ein weltoffenes Hamm steht seit dem 19. November 1991 der Hammer Appell „Miteinander leben - keine Chance für Intoleranz und Gewalt“ und als operatives Gremium seit 2000 ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, der Runde Tisch gegen Radikalismus und Gewalt als Reaktion auf die Vorfälle in Hoyerswerda u.a.

Der Hammer Appell ist zu einem Bündnis der demokratischen Kräfte für Toleranz und Zivilcourage geworden. Das zeigt sich besonders darin, dass sich am „Runden Tisch gegen Radikalismus und Gewalt“ regelmäßig die Vertreterinnen und Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, der Stadt Hamm, von Polizei, Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbänden, des Einzelhandelsverbandes, der Industrie- und Handelskammer, der Arnold-Freymuth-Gesellschaft, Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Ratsparteien, des haekelclub 590, der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus sowie viele Einzelpersonen versammeln und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hamm eintreten.

Der Runde Tisch als zivilgesellschaftliches Bündnis, aber auch Bürgerschaft und Kommunalpolitik sind gestern wie heute gefordert, Entwicklungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen zu treten. Den bundesweiten Entwicklungen von Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt stellt sich Hamm mit diesem Handlungskonzept entgegen. Dabei ist und bleibt es kommunalpolitische Verantwortung, klare Zeichen zu setzen für Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hamm.

Während Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung Aufgaben staatlicher Organe wie der Polizei, insbesondere des polizeilichen Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaften sind, liegt es in kommunalpolitischer Verantwortung, das Gemeinwesen, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationen, Religionen und Kulturen zu fördern. Politische Verantwortung in Hamm

richtet sich auf das Zusammenleben der Menschen, auf das Demokratieverständnis und auf die in Hamm „gelebte Toleranz und Menschlichkeit“ im Alltag.

Das lokale Gemeinwesen bietet hier Raum zur Mitgestaltung des persönlichen Umfelds und für positive Demokratieerfahrungen. Wichtig ist dabei die gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommune und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren.

Bei der Entwicklung des Handlungskonzeptes stehen folgende Leitfragen im Mittelpunkt:

- ▶ Inwieweit werden das Selbstverständnis und das kommunale Handeln in Hamm durch Initiativen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie ein klares öffentliches Eintreten für Demokratie und Toleranz geprägt?
- ▶ Wo können kommunale Strategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erfolgreich ansetzen? Welche Maßnahmen haben sich in Hamm bewährt?
- ▶ Wie können insbesondere die Einrichtungen der Entwicklungs- und Bildungsförderung, Kindertageseinrichtungen und Schulen, die Jugend- und Vereinsarbeit, der Sport und Freizeitangebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen beitragen? Wie gut bereiten sie Kinder, Jugendliche und Familien auf das Leben in einer pluralisierten Gesellschaft vor? Inwieweit richten sich die Bildungskonzepte an Werten wie Toleranz, Menschenrechten und Vielfalt aus?
- ▶ Wie kann die Zusammenarbeit zwischen den Trägern staatlicher Ordnung und Daseinsvorsorge mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und Initiativen bei der Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung verbessert werden? Welche Bedeutung kommt der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommune bei der Bewältigung menschenfeindlicher Problemfelder zu?

1.1. AUFTRAG UND KONZEPTENTWICKLUNG

Der Rat der Stadt Hamm hat die Verwaltung am 23. März 2015 beauftragt, ein Handlungskonzept gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit für die Stadt Hamm zu erarbeiten. Die Mitglieder des Runden Tisches gegen Radikalismus und Gewalt sollten aktiv und intensiv in die Arbeit einbezogen werden. Dabei sollte der Runde Tisch eine beratende und empfehlende Funktion haben.

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss hat am 11. März 2015¹ über die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes beraten sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit bei einem Bürgerforum am 21. März 2015 und die aktive Teilnahme der Konzeptentwicklung des Runden Tisches gegen Radikalismus und Gewalt festgelegt.

Die Entwicklung des Handlungskonzeptes erfolgte unter Beteiligung des Runden Tisch gegen Radikalismus und Gewalt, der Fachöffentlichkeit und der Bürgerschaft in Workshops, Arbeitsgruppen und Plenumsitzungen des Runden Tisches im Zeitraum März 2015 bis Mai 2016.²

1.2. BEGRIFFSERKLÄRUNG

Während **Demokratie und Toleranz** als Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Grundgesetz fest verankert sind, bleibt zu klären, wie der Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in diesem Handlungskonzept verstanden und verwendet werden soll.

Das **Konzept „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“** (GMF) als sozial- und politikwissenschaftlicher Begriff umfasst verschiedene Ausgrenzungsmechanismen der Gesellschaft und beinhaltet der Definition nach die Elemente Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamfeindlichkeit, Sexismus, den Einsatz für Etabliertenvorrechte und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellt das Gleichheitsprinzip der Menschenrechte und damit die demokratische Grund-

¹ Stadt Hamm, Mitteilungsvorlage 0034/15: Radikalismus und soziokulturelle Konflikte in der Stadt Hamm – Zweiter Schritt: Erarbeitung eines Handlungskonzeptes, 19.02.2015

² Anlage 3: Erarbeitung des Handlungskonzeptes

ordnung in Frage. Die Rassistheorie der rechten Ideologien ist hierfür ein Beispiel.³

Der Kern der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Dabei handelt es sich um die Trennung von Menschen in die Gruppe des „Wir“ und die Gruppe der „Anderen“. Mit dieser Unterscheidung geht die Zuschreibung von Eigenschaften bzw. „Mentalitäten“ einher, wobei die zugeschriebenen Eigenschaften der „Wir“-Gruppe positiv im Sinne von höherwertig, die der Gruppe der „Anderen“ negativ im Sinne von minderwertig bewertet werden. Dies bildet die Grundlage für die Benachteiligung von Menschen, die der Gruppe der „Anderen“ zugeschrieben werden.⁴

Diese Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung sind tief in der Mitte der Gesellschaft verankert und betreffen - gleichwohl in höchst unterschiedlicher Weise - die Gesellschaft als Ganzes.⁵ Vorurteile, strukturelle und institutionelle Diskriminierung und soziale Ausgrenzung finden immer und überall statt. Diesen muss politisch und gesellschaftlich entgegengewirkt werden. Daher orientiert sich dieses Handlungskonzept nicht ausschließlich auf konkrete „Problemgruppen“ wie die rechte Szene in Hamm, sondern es soll tief in der pluralistischen Gesellschaft unserer Stadt verankert sein und wirken. Der Einsatz für Demokratie und Toleranz, bspw. durch verstärkte Partizipationsmöglichkeiten oder die Förderung des interkulturellen Austausches, sind der wesentlichste Anknüpfungspunkt in diesem Handlungskonzept, um gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu wirken.

Gleichzeitig finden wir eine Ballung und ideologische Verbreiterung und Weiterentwicklung der Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in extremen politischen oder religiösen Gruppierungen. Hier sind sowohl die Erscheinungsformen der rechten Szene als auch neofaschistischer Bestrebungen heraus-

³ Susanne Johansson: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Eine Rezension der empirischen Langzeitstudie „Deutsche Zustände“, Folge 1 bis 8 (Hrsg.: Wilhelm Heitmeyer), 2011

⁴ vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Seite 8, 2016

⁵ ebenda

zuheben, wie sie auch in Hamm als Kameradschaft bzw. Partei „Die Rechte“, in rechter Musik oder als freier Zusammenschluss von neofaschistischen jungen und alten Menschen zu finden sind. Daher richtet sich die Analyse und Strategiebildung in diesem Handlungskonzept insbesondere auf diese Erscheinungsform und will dieser frühzeitig entgegenwirken. Weiteren Formen des Extremismus wirkt dieses Konzept aber ebenfalls entgegen.

Unter **Neofaschismus** werden Parteien und Strömungen verstanden, die sich nach 1945 an die Tradition des Faschismus und Nationalsozialismus anknüpfen. Dazu gehört neben Geschichtsrevisionismus, Revanchismus und die Leugnung der Shoa die heutigen Formen des völkischen Nationalismus, des Rassismus, des (Hetero-)Sexismus, der Abwertung von Behinderten und der Verherrlichung von Krieg und Gewalt. Die Ablehnung der Demokratie liegt dem Neofaschismus zu Grunde. In Hamm ist dies in den vergangenen Jahren vor allem an der 2012 verbotenen Kameradschaft Hamm und der Partei „Die Rechte“ als deren Nachfolgeorganisation bzw. „Auffangstruktur“⁶ nachzuweisen.

Einer Erweiterung um die Ausgrenzungsmechanismen, wie sie auch in der linken Szene (bspw. im „linken Antisemitismus“) oder im religiösen Fanatismus (bspw. Salafismus) nachzuweisen sind, steht dieses Konzept nicht entgegen. Hierfür bedarf es einer weitergehenden Analyse der unterschiedlichen Bedingungen, Bedeutungszusammenhänge und Wirkungsweisen sowie ihres tatsächlichen Erscheinens in der Stadt Hamm.

Rassismus und Gewalt werden als Ausdrucksformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verstanden und im Folgenden verwendet. Rassismus und Gewalt finden sich in gewalttätigen Übergriffen auf bestimmte Gruppen, aber auch im Sprachgebrauch und alltäglichen Umgangsformen. Im Ergebnis richtet sich dieses Handlungskonzept auf die Bekämpfung dieser Erscheinungen, den Schutz von gesellschaftlichen Minderheiten und der Stärkung der Demokratie für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben.

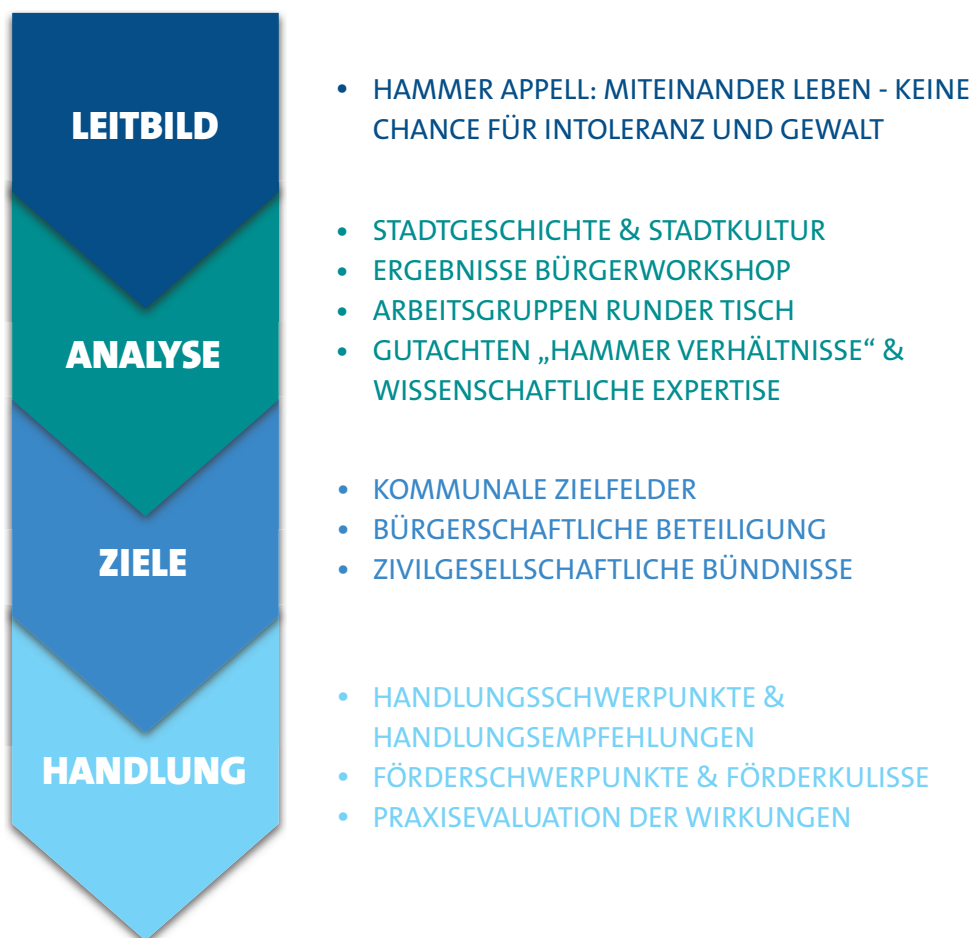
⁶ Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Seite 46, 2016

2. HANDLUNGSKONZEPT

„Wir können jetzt den Blick nach vorne richten. Wir können damit beginnen, ein Handlungskonzept zu erarbeiten. Und dabei stehen die Signale auf Beteiligung, Transparenz und bürgerschaftlichen Dialog.“

Mit diesen Worten hat der Sprecher des Runden Tisches gegen Radikalismus und Gewalt, Dr. Walther-Sollich, in der Sonderratsitzung am 23. März 2015 die Entwicklung des Handlungskonzeptes gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit für die Stadt Hamm eröffnet.

Das Handlungskonzept gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit greift als Leitbild den Hammer Appell „Miteinander leben - keine Chance für Intoleranz und Gewalt“ auf, leitet Ziele ab, bildet hierzu Handlungsschwerpunkte und konkretisiert deren Umsetzung in Handlungsempfehlungen.



Die Evaluation ist als Praxisreflektion ausgestaltet und bewertet die Wirksamkeit der empfohlenen Handlungen bzw. Maßnahmen in der Umsetzung.

Das Handlungskonzept ist umsetzungsorientiert und reflektiert Handlungsschwerpunkte, die in Hamm „ausgeprägt und gewachsen“ sind. Das Konzept soll die Akteurinnen und Akteure in Bürgerschaft und in institutionellen Kontexten (wie u.a. Schule, Jugendarbeit, Stadtteilen) unterstützen, die in Hamm gelebte Demokratie und Toleranz nachhaltig zu fördern. Dabei geht es um den Zusammenhang sowie die Stimmigkeit von Leitbild, Zielen, Handlungsschwerpunkten und Empfehlungen.

Das Konzept setzt auf Beteiligung. Von der gemeinsamen Erarbeitung des Konzeptes in Bürgerforen und am Runden Tisch gegen Radikalismus und Gewalt bis zur Umsetzung als partizipativem Prozess der jeweiligen Akteurinnen und Akteure schafft es einen Rahmen für nachhaltige Interessensabstimmungen und schafft Planungssicherheit.

2.1. LEITBILD

Als Leitbild des Handlungskonzeptes gilt der „Hammer Appell“. Der Hammer Appell wurde in der Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Hamm am 19. November 1991 beschlossen.

Im Herbst 2000 wurde er im Zusammenhang mit der Einberufung des „Runden Tisches gegen Radikalismus und Gewalt“ neu belebt. Seither hat der Hammer Appell mit vielen Aktionen für das friedliche Miteinander der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen und für das gewaltfreie Zusammenleben der Menschen aus weit über 100 Nationen in der Großstadt Hamm geworben.

Der Wortlaut des Hammer Appells von 1991 ist als Anlage 1 und die Eckpunkte für die Arbeit am Runden Tisch als Anlage 2 beigefügt.

2.2. ANALYSE

Die Analyse als Grundlage des Handlungskonzeptes basiert auf Erkenntnissen aus der Stadtgeschichte Hamms⁷, den Ergebnissen des Workshops Radikalismus und Gewalt der Stadt Hamm vom 21. März 2015, den Ergebnissen der Arbeitsgruppen des Runden Tisches gegen Radikalismus und Gewalt zum Handlungskonzept, der Studie „Hammer Verhältnisse – eine Analyse zum Radikalismus und sozio-kulturellen Konflikten“ von Dr. Claudia Luzar⁸ sowie verschiedener fachlicher und wissenschaftlicher Expertisen zum Thema.

Die Studie „Hammer Verhältnisse – eine Analyse zum Radikalismus und sozio-kulturellen Konflikten“ stützt sich in erster Linie auf empirische Befunde, die sich aus qualitativen Interviews und teilnehmenden Beobachtungen aus den Jahren 2013/2014 zusammensetzt. In den empirischen Befund eingeflossen sind neben den zahlreichen Interviews mit demokratischen Akteurinnen und Akteuren aus der Stadtgesellschaft auch solche mit rechtsextremen Akteurinnen und Akteuren, solche die noch aktiv sind, und andere, die bereits ihren Ausstieg aus der rechtsextremen Szene vollzogen haben. Weiterhin wurden die Netzwerke demokratischer Akteurinnen und Akteure analysiert und einige Empfehlungen für ein Handlungskonzept gegen demokratie-gefährdende Einflüsse in Hamm vorgestellt.

Rechtsextreme Erscheinungsformen in Hamm, wie z. B. das Auftreten rechtsextremer Skinheads in den neunziger Jahren, die Rechtsrock-Szene, die Kameradschaft Hamm in 2003 bis hin zu den Aufmärschen neofaschistischer Gruppen am Tag der Deutschen Einheit bis heute werden in der Studie deskriptiv analysiert. Begleitet werden diese Erscheinungsformen vom Auftreten extrem rechter Parteien, wie den Republikanern seit 1989, Pro NRW und der NPD bis hin zur Partei „Die Rechte“.

Ein zentrales Ergebnis der Studie ist es, dass der Rechtsextremismus als solcher nicht isoliert betrachtet werden kann, wenn es darum geht, das demokratische Zusammenleben in der Hammer Stadt-

⁷ Anlage 4: Stadtgeschichte der Zuwanderung - Kurzfassung

⁸ Dr. Claudia Luzar: Hammer Verhältnisse – Eine Analyse zum Rechtsextremismus und soziokulturellen Konflikten, 2015

gesellschaft für alle Bürgerinnen und Bürger langfristig zu sichern. Die empirischen Ergebnisse zeigen auf, dass die demokratischen Akteurinnen und Akteure in Hamm auch ihre lösungsorientierte Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Einflüssen nicht auf den Rechtsextremismus beschränken sollten, sich demnach auch das künftige Handlungskonzept in eine inhaltlich weiter gefasste Rahmung einfügen muss.

Dabei wird Demokratieentwicklung nicht als Prozess, der von Wissenschaft oder Politik autoritär durchgesetzt werden kann, verstanden. Vielmehr braucht Demokratieentwicklung Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv für die örtliche Demokratie einsetzen. Die Studie empfiehlt, Hammer Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, sich für ihre Stadt zu engagieren und so radikalen Gruppen möglichst wenige Einflussmöglichkeiten zu geben. In diesen Prozess sollen möglichst vieler Partnerinnen und Partner, sowie Akteurinnen und Akteure eingebunden werden.

Zumindest beim Thema bürgerschaftlicher Beteiligung als wesentliche Grundlage wirksamer Handlungsstrategie gegen Radikalismus sind sich die Verfasserinnen und Verfasser wissenschaftlicher Expertisen einig.⁹ Hinter weiteren Erwartungen und Erkenntnissen zur Entwicklung und zum Umfang extremistischer Ausdrucksformen bleibt die Studie im Erkenntnisgehalt zurück. Insbesondere die aus der Stadtgeschichte und Stadtkultur gewonnen Erkenntnisse der Offenheit und Toleranz der Stadtgesellschaft als historisch gewachsenes „Gut“ und die zivilgesellschaftlichen Bündnisse in den Stadtteilen und der Gesamtstadt als Ausdruck des Willens zur Gestaltung des eigenen Lebensraumes als „Raum gelebter Demokratie“ werden nicht hervorgehoben. Gerade dieser Aspekt aber muss handlungsleitend und zukunftsgerichtet als Ziel dem Handlungskonzept zugrunde liegen.

Daher hat sich der Workshop am 21. März 2015, sowie die Arbeitsgruppen des Runden Tisches an diesen Handlungsfeldern „gelebter Demokratie“ orientiert. Hier finden die Möglichkeiten zur Aktivierung zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Empfehlungen

⁹ vgl. Gero Neugebauer: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, 2007

zum Umgang mit Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit praxisorientierte Bezüge. In den Eckpunkten eines integrierten Handlungskonzeptes der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 03. Februar 2015¹⁰ und ihrer Ausformulierung im Integrierten Handlungskonzept des Landes Nordrhein-Westfalen vom Mai 2016¹¹ sind diese Handlungsfelder und -ziele identifiziert.

Im Kontext kommunalpolitischer Verantwortung verbleiben die Handlungsfelder Kinder- und Jugendhilfe, Politische Bildung, Erwachsenenbildung, Schule, Verwaltung, Religion, Medien, Kultur, Sport, Freizeit, Integration, Emanzipation und die Beratungsinfrastruktur gegen Rechtsextremismus und Rassismus, in denen ein Beitrag zur Prävention gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geleistet werden kann.

Aus der Analyse und dem aktuellen Stand dieser unterschiedlichen Handlungsfelder ergeben sich die Ziele, die diesem Handlungskonzept zu Grunde liegen.

¹⁰ Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Eckpunkte eines integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung Nordrhein-Westfalen; 3. Februar 2015

¹¹ Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, 2016

2.3. ZIELE

Die stetige Teilhabe und Partizipation an gesellschaftlichen und kommunalen Entwicklungen ist die wesentliche Grundlage um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Radikalisierung vorzubeugen.

ZIEL

Der Bürgerschaftliche Dialog soll als Forum für Bürgerbeteiligung und Demokratieentwicklung in den Stadtteilen Hamms wesentliche Grundlage und richtungsweisend sein für das Handlungskonzept.

Neben dieser gesamtgesellschaftlichen Orientierung ist die Stärkung und Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Bündnissen der zweite wesentliche Bestandteil dieses Handlungskonzeptes. Die Umsetzung und Begleitung der formulierten Ziele liegt in den Händen der Zivilgesellschaft.

ZIEL

Zivilgesellschaftliche Bündnisse für Vielfalt und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollen die Demokratieentwicklung aktiv voranbringen und Rassismus und Gewalt entschieden entgegen treten.

2.3.1. BÜRGERSCHAFTLICHE BETEILIGUNG

Das große bürgerschaftliche Engagement in Hamm im Rahmen der aktuellen Geflüchtetenaufnahme und Betreuung verdeutlicht, dass es über die bereits bestehenden Organisationen hinaus ein großes Potenzial für humanitäre Hilfe und Unterstützung Bedürftiger gibt.

Diese Situation bietet die Chance auch für die Bekämpfung von Demokratiefeindlichkeit, Diskriminierung, Rassismus und Gewalt neue Zielgruppen und Einzelpersonen zum Mitmachen zu motivieren und dauerhaft zu gewinnen.

ZIEL

Neben der größtmöglichen Transparenz des politischen Handelns muss eine regelmäßige und möglichst breite Bürgerbeteiligung als festes Instrument bei der Planung und Umsetzung Bestandteil sein von Konzepten gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Der Handlungsansatz bürgerschaftlicher Beteiligung ist in Hamm bereits Gegenstand verschiedener Stadtentwicklungsprozesse, insbesondere in Heessen, Mitte, im Hammer Norden und Westen.

In Heessen zeigen die Ergebnisse des Projektes „Toleranz fördern - Kompetenz stärken - Lokaler Aktionsplan Heessen“ seit 2011 die positiven Wirkungen, wenn lokale Akteurinnen und Akteure, Politik und Bürgerschaft in sozialräumlich ausgerichteten Beteiligungsprojekten zusammen arbeiten. Das Projekt wird im Bundesprogramm "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" seit 2011 gefördert. Dem Handlungsansatz folgend richten Verwaltung und Politik ihre Handlungsstrategien bei integrierten Stadtentwicklungskonzepten konsequent auf die Sozialräume aus und Beteiligungsstrategien werden zum Leitmotiv lokaler Partnerschaften.

Hierzu zählen die städtebaulichen und sozialen Projektentwicklungen im Landesprogramm Soziale Stadt im Hammer Norden und im Hammer Westen ebenso wie die städtebauliche Entwicklung der Innenstadt, insbesondere der Quartiere in der Innenstadt-Süd (Rahmenplan Innenstadt). Demokratisierungsprozesse in Form bürgerschaftlicher Beteiligung sind in den Projektentwicklungen explizit benannt und werden umgesetzt.

ZIEL

Die Bürgerbeteiligung als Element kommunaler Stadtentwicklungsprozesse im Hammer Norden und Westen steht richtungweisend für Planungs- und Beteiligungsprozesse in Hamms Stadtgesellschaft. Bürgerschaftliche Beteiligung ist gelebte Demokratie.

**2.3.2. POLITISCHE BILDUNG UND
GEWALTFREIE ERZIEHUNG**

Politische Bildung Kinder und Jugendlicher findet im Wesentlichen im Bildungssystem, im Primar- und Sekundarbereich statt. Schulen erreichen alle Kinder und Jugendlichen und tragen damit ganz wesentlich zur Persönlichkeitsbildung junger Menschen bei. Dies gilt auch und insbesondere für die Ausprägung demokratischer Einstellungen und Haltungen. Schule als Ort politischer Bildung bietet verschiedene Möglichkeiten, Demokratie zu erleben und zu lernen. Dabei führen tradierte Formen der Vermittlung politischer Bildung nicht immer zu Demokratieerfahrungen.

Es herrscht ein breiter Konsens über die Notwendigkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Geschichts-, Politik- und Gemeinschaftskundeunterricht. Jedoch führt die breite pädagogische Thematisierung nicht selbstverständlich zu einer intensiven individuellen Auseinandersetzung, sondern wird von vielen Jugendlichen als inflationär wahrgenommen.

Als Ideal für die Entwicklung eines demokratischen Standpunktes gelten eine offene Kommunikationskultur, vertrauensvolle Beziehungen sowie ein von Respekt und Verlässlichkeit getragenes Klima.

Der Partizipation Kinder und Jugendlicher kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Partizipation ist ein eigenständiges Recht von Kindern und Jugendlichen, das in der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) verankert ist und als Grundprinzip bei der Umsetzung aller Kinderrechte berücksichtigt werden muss. Partizipation ist demnach kein einmaliges Ereignis, das abhängig von der Gnade und Befindlichkeit der Erwachsenen ist, sondern ein kontinuierlicher, verbindlicher Prozess. Partizipation muss inklusiv gestaltet werden, damit alle Kinder ihre Rechte ohne Diskriminierung ausüben können.

ZIEL

In der politischen Bildung gelten als Ideal für die Entwicklung eines demokratischen Standpunktes eine offene Kommunikationskultur, vertrauensvolle Beziehungen sowie ein von Respekt und Verlässlichkeit getragenes Klima. Schulen als Ort politischer Bildung sollen den Raum bieten, Demokratie und Partizipation für Kinder und Jugendliche zu erleben und zu lernen. Politische Bildung ist auch „Erinnerungskultur“. Im generationsübergreifenden Austausch sollen in der Bildungslandschaft Impulse gesetzt werden, die darauf zielen, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu verstehen und zu gestalten.

2.3.3. KINDER- UND JUGENDARBEIT

Die Kinder- und Jugendarbeit bietet ein breites Lern- und Erfahrungsfeld demokratischer Teilhabe, zur Auseinandersetzung mit friedlichen Mitteln und zur Toleranz gegenüber verschiedenen Weltanschauungen, Kulturen und Lebensformen. Dabei stellt die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen eine Herausforderung insbesondere für die Haupt- und ehrenamtlichen Fachkräfte der Jugendarbeit dar.

Kinder und Jugendliche identifizieren sich in hohem Maße mit ihrem Wohn- und Lebensraum. Daher gibt es eine hohe Bereitschaft, sich für die Belange des direkten Umfeldes einzusetzen, da unmittelbar Betroffenheit besteht. Dafür bedarf es verlässlicher Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die eine Vorbildfunktion übernehmen. Diese Aufgabe übernehmen die Jugendzentren in freier und städtischer Trägerschaft und die verbandlich organisierten Verbände in Hamm.

Räume für Erfahrungen der Mitbestimmung und Mitgestaltung der eigenen Lebensräume zu schaffen kann im Kontext dieses Konzeptes als zentrales Anliegen der Kinder- und Jugendarbeit benannt werden. Mit dem Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 27. Januar 2015, den Stellenwert der interkulturellen Jugendarbeit in den Stadtteilen Hamms als jugendpolitischen Schwerpunkt weiter zu entwickeln und in den Jugendzentren und Jugendverbänden fest zu verorten, sind auch die „Weichen“ gestellt für eine klare Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit auf interkulturelle Begegnungen und ein friedliches Zusammenleben.¹²

Ein weiteres Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit ist die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit beginnender rassistischer Orientierung. Dieses Handlungsfeld gilt es in Hamm zu besetzen.

Interkulturelle Jugendarbeit und die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen fordern von den Akteurinnen und Akteuren, den ehren-, neben- und hauptamtlichen Fachkräften in der Jugendarbeit weitergehende Kompetenzen und Fähigkeiten. Diese müssen in den Aus- und Fortbildungen der AkteurInnen ihren „Platz“ finden.

¹² Stadt Hamm, Mitteilungsvorlage 0288/14: Zielvereinbarung 2015/2016 für das Jugendamt, 19.01.2015

ZIELE

Räume für Erfahrungen der Mitbestimmung und Mitgestaltung der eigenen Lebensräume zu schaffen ist das zentrale Anliegen der Kinder- und Jugendarbeit.

Die interkulturelle Jugendarbeit soll als jugendpolitischer Schwerpunkt in den Stadtteilen Hamms weiterentwickelt, in den Jugendzentren und Jugendverbänden fest verortet und als Förderschwerpunkt der Jugendförderung ausgebildet werden.

Die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen soll und muss als besondere Herausforderung in der Jugendarbeit aufgegriffen werden.

2.3.4. SPORT

Sport bringt Menschen verschiedenen Geschlechts, verschiedener Herkunft, Religionen, Weltanschauungen und sozialer Hintergründe zusammen. Die sozial-integrative Komponente spielt dabei eine herausragende Rolle.

Grundsätzlich fördern die Sportvereine ein vielfältiges Miteinander. Andererseits versuchen menschenfeindliche Gruppierungen gezielt Einfluss in Vereinen zu erlangen. Dies stellt sowohl Vereine, die dort aktiven Sportlerinnen und Sportler als auch die Zuschauerinnen und Zuschauer von Sportveranstaltungen vor Herausforderungen.

In Hamm hat sich Sport als Ort und Aktivität interkultureller Begegnung seit Jahrzehnten etabliert, folgende Beispiele sind hier exemplarisch zu nennen:

- * Angebote "Sport und Sprache" für Flüchtlingskinder in Kooperation von Stadtsporthund und dem kommunalen Integrationszentrum;
- * Veranstaltungen und Aktionen einzelner Vereine, um Vorstände, Übungsleitungen und Mitglieder interkulturell zu sensibilisieren und im Bereich Anti-Diskriminierung zu schulen;
- * dezentrale Kooperation von Sportvereinen mit KITAs, Schulen, Bildungseinrichtungen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

ZIEL

Der Sport soll Menschen verschiedenen Geschlechts, verschiedener Herkunft, Religionen, Weltanschauungen und sozialer Hintergründe zusammen bringen. Die sozial-integrative Komponente spielt dabei eine herausragende Rolle, die Jugendarbeit soll darauf entsprechend ausgerichtet werden.

2.3.5. INTERKULTURELLER DIALOG

Die kulturelle Vielfalt der Menschen bestimmt das Bild der Gesellschaft in Hamm. Kulturelle Vielfalt zu fördern bedeutet, ein Forum zu schaffen für Ausdrucksmöglichkeiten unterschiedlicher Wertesysteme und Traditionen. Beim Interkulturellen Dialog in Hamm besteht traditionell eine hohe Bereitschaft, Pluralität, Diversität und Individualität als positive Ressource und weniger als Belastung wahrzunehmen. Ausgrenzende, diskriminierende oder gar gewaltbereite Einstellungen und Verhaltensweisen werden nicht akzeptiert bzw. sanktioniert.

Die Stärkung des respektvollen Miteinanders und des Zusammenhalts gehört zu den Zielen des Integrationskonzeptes der Stadt Hamm 2016.¹³ Dabei stellt die Zuwanderung die Integrationspolitik vor große Herausforderungen. Dies zeigen auch die Versuche der rechten Szene, diese Situationen für ihre Propaganda nutzbar zu machen.

Insbesondere über die kulturelle Bildung bietet sich die Möglichkeit, Kenntnisse über Vielfalt zu vermitteln. Kulturschaffende können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Vielfalt der Lebensentwürfe in einer Demokratie auf künstlerische Art und Weise zu vermitteln oder sich mit ausgrenzenden und rassistischen Inhalten kritisch auseinanderzusetzen. Im Bereich des interkulturellen Dialoges finden in Hamm bereits vielfältige Aktivitäten statt. Als gute Beispiele seien benannt:

- * Interkulturelle Woche
- * Internationales Frauenfrühstück
- * Weltreise durch Wohnzimmer - VHS
- * Meet & Talk – Stadtbücherei und Flüchtlingshilfe Hamm e.V.
- * Running Dinner
- * Interkulturelle Praxis an vielen KiTa´s und Schulen
- * Interkulturelle Arbeit der Stadtteilbüros Hamm Norden und Hamm-Westen

¹³ Stadt Hamm, Beschlussvorlage 0700/16: Kommunales Integrationskonzept für die Stadt Hamm 2016 ff., 11.02.2016

ZIEL

Kulturelle Vielfalt zu fördern bedeutet, ein Forum zu schaffen für Ausdrucksmöglichkeiten unterschiedlicher Wertesysteme und Traditionen. Foren für kulturelle Bildung sollen einen Beitrag leisten, die Vielfalt der Lebensentwürfe in unserer Demokratie zu vermitteln und sich mit Vorurteilen und rassistischen Inhalten kritisch auseinanderzusetzen.

2.3.6. INTERRELIGIÖSER DIALOG

Die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen eines guten interreligiösen Miteinanders ist eine Haltung, die von Respekt und Interesse am Anderen geprägt ist. Wer die Veränderung der Gesellschaft zu einer multikulturellen und multireligiösen ablehnt oder als Bedrohung empfindet, wird den Anderen auch nur als „Problemfall“ oder bedrohlich wahrnehmen. Der Erwerb von Wissen um die Religionen in ihren tragenden Überzeugungen, ihren religiösen Vorzügen in Festen und Feiern sowie ihrer Alltagspraxis ist zum Verstehen des Anderen hilfreich. Das friedliche und freundschaftliche Zusammenleben aller Religionen ist das Ziel.

Der interreligiöse Dialog finden in Hamm bereits vielfältige Aktivitäten statt. Als gute Beispiele seien benannt:

- * Interreligiöses Friedensgebet
- * Christlich-Islamische Gesprächskreise in drei Stadtteilen
- * „Reli-Rallye“ der Ev. Jugendkirche
- * „Miteinander: Offene Gebets- und Gotteshäuser“

ZIEL

Der interreligiöse Dialog hat in Hamm Geschichte, er ist Bestandteil der Wertekultur und gelebten Toleranz und Akzeptanz im Alltag. Toleranz und Akzeptanz der Religionen in ihrer Vielfalt zu fördern ist und bleibt das kulturpolitische Ziel Hamms.

2.3.7. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND MEDIENKOMPETENZ

Öffentlichkeitsarbeit zur Steuerung der öffentlichen Kommunikation gesellschaftspolitischer Themen erfordert eine Strategie für die interne und externe Kommunikation. Dies gilt insbesondere auch

für öffentlichkeitswirksame Strategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Medien haben in einer Demokratie die Aufgabe, zu informieren und aufzuklären. Damit tragen sie zur Demokratiestärkung und Förderung von pluralen Meinungen in der Bevölkerung bei.

Medienschaffenden kommt damit eine wichtige Rolle bei der demokratischen Wertevermittlung zu. Auch bei der Berichterstattung zu Rechtsextremismus und Rassismus stehen Medien in der Verantwortung, sachlich Bericht zu erstatten.

Daneben hat das Internet, insbesondere die sozialen Netzwerke, an Bedeutung gewonnen. Diese können einen Beitrag zur Demokratieförderung leisten. Andererseits sind soziale Medien auch Verstärker für undemokratische und rassistische Einstellungen.

In Hamm haben sich zum Thema Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verschiedene Veranstaltungsformate, wie Stadtteilstefest, Kundgebungen, ganzjährig Aktionen und Demonstrationen, insbesondere am 3. Oktober entwickelt. Zweimal ist es in den vergangenen Jahren gelungen (2011 & 2015) die Demonstration des haekelclub 590 gegen den Naziaufmarsch am 3. Oktober mit einem gemeinsamer Aufruf aller beteiligten Verbände und Vereine am Runden Tisch gegen Radikalismus und Gewalt sowie weiterer politischer und gesellschaftlicher Gruppen zu unterstützen. Dennoch finden sich weiterhin in der Vielfalt der Veranstaltungen verschiedenste Zielsetzungen und Formate.

Einem übergeordneten Leitbild bzw. stadtweit im Konsens getragenen Zielsetzungen folgen die Einzelveranstaltungen bis heute nicht. Die bislang eingesetzten Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit sind eher „traditioneller Art“ und beschränken sich auf Einzelberichterstattungen in Printmedien und Hörfunk.

ZIEL

Öffentlichkeitsarbeit für Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erfordert eine strategische Ausrichtung und eine Organisation interner und externer Kommunikation. Diese zu entwickeln und auszugestalten ist das primäre Ziel für eine nachhaltige öffentliche Diskussion. Zur Professionalisierung soll Medienkompetenz den Zugang zu sozialen Netzwerken schaffen.

2.4. HANDLUNGSSCHWERPUNKTE

Abgeleitet von dem Leitbild „Hammer Appell“ werden den Zielen konkrete und praxisnahe Handlungsempfehlungen zugeordnet, welche die praktische Umsetzung dieses Handlungskonzeptes bilden. Diese Handlungsempfehlungen werden in fünf Schwerpunkte unterteilt:

SCHWERPUNKT A	Zivilgesellschaftliche Bündnisse und bürgerschaftliche Beteiligung
SCHWERPUNKT B	Politische Bildung und gewaltfreie Erziehung
SCHWERPUNKT C	Jugendarbeit, Freizeit und Sport
SCHWERPUNKT D	Interkultureller und interreligiöser Dialog
SCHWERPUNKT E	Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz

A Zivilgesellschaftliche Bündnisse und bürgerschaftliche Beteiligung

A 1 ZIVILGESELLSCHAFTLICHE BÜNDNISSE

Als breites zivilgesellschaftliches Bündnis hat sich der Runde Tisch gegen Radikalismus und Gewalt seit dem Jahr 2000 in Hamm etabliert.

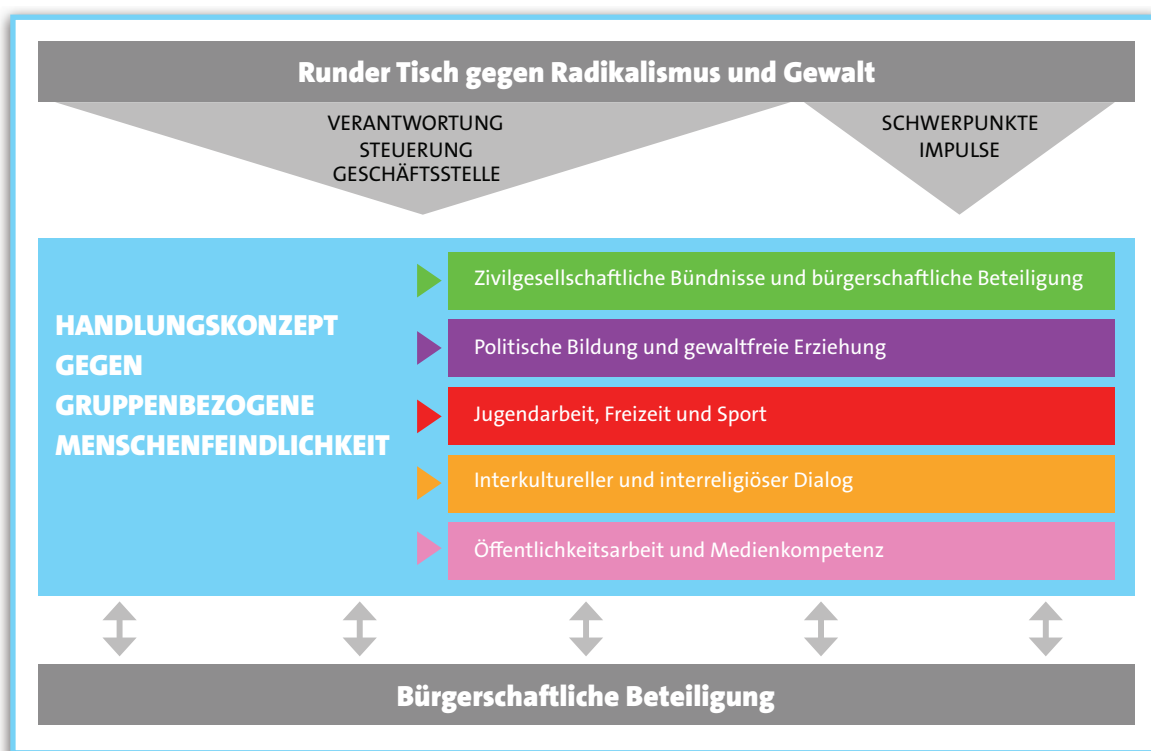
Dieses Bündnis gilt es auf der Handlungsebene und in seiner Mitgliederstruktur zu stärken, um dem Anliegen in Hamm mehr Gewicht zu verleihen. Bei der Analyse der Mitgliederstruktur wird deutlich, dass zur Abbildung der multikulturellen Stadtgesellschaft die Beteiligung weiterer Akteurinnen und Akteure erforderlich wird.

Handlungsempfehlung: Der Runde Tisch kann weitere Akteurinnen und Akteure der multikulturellen Stadtgesellschaft beteiligen, insbesondere den Integrationsrat und Migrant-Innenorganisationen, die aktiv an den Zielen des Runden Tisches mitwirken wollen.

Der Runde Tisch hat als Bündnis keine eigene gemeinnützige Rechtsform, da er sich aus Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Organisationen und Unternehmen bis hin zu Einzelpersonen zusammensetzt. Es ist zugleich Anliegen des Runden Tisches, sich nicht als „Rechtsform“ zu binden, um sein

Anliegen, als freier Zusammenschluss gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure Engagement und Aktionen gegen Radikalismus und Gewalt zu bündeln, nicht einzuengen. Gleichwohl wird das Anliegen, aktiv für Vielfalt und Toleranz und gegen Radikalismus und Gewalt einzutreten, durch eine „organisierte Geschäftsform“ nachhaltig gestärkt.

Das Steuerungsmodell weist dem Runden Tisch die Aufgabe der Koordinierung der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure und der Steuerung der Aktionen des Runden Tisches im Handlungsfeld zu. Dabei gilt es immer wieder, Impulse und Schwerpunkte zu setzen.



Zu den einzelnen Aufgaben der Koordinierung und Steuerung zählen:

- * Information und Öffentlichkeitsarbeit
- * Strategieentwicklung, Medienkompetenz
- * Geschäftsführung für den Runden Tisch, Steuerung der internen Kommunikation
- * Netzwerkmanagement und Beteiligung an überregionalen Netzwerken

- * Beratung und Verweisstruktur an überregionale Angebote (Mobile Beratung, Opferberatung, Aussteigerberatung)¹⁴
- * Reporting (Beobachtung und Berichterstattung zu Publikationen und Kommunikationsplattformen neofaschistischer Organisationen)

Zudem bedarf es einer/s zentralen Akteurin/s bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes, der eine aktive und steuernde Rolle einnimmt, um die Ziele in den Handlungsschwerpunkten durch geeignete Maßnahmen umzusetzen bzw. deren Umsetzung voranzutreiben. Zu den Aufgaben im Einzelnen zählen:

- * Umsetzung der Handlungsempfehlungen, Steuerung der Umsetzung
- * Veranstaltungs- und Projektmanagement zu Handlungsschwerpunkten
- * Fort- und Weiterbildung in ausgewählten Handlungsschwerpunkten (z. B. Präventionstrainer, Streitschlichter)
- * Projektfond (Förderung von Projekten in den Handlungsschwerpunkten)
- * Fundraising (Einwerben von Drittmitteln für Projekte und Veranstaltungen)
- * Berichtswesen (Veranstaltungen, Projekte, Umsetzung der Handlungsempfehlungen)

Im Zuge der Umsetzung gilt es, Handlungsschwerpunkte und Empfehlungen zu priorisieren. Die bürgerschaftliche Beteiligung in den Stadtteilen bildet die Grundlage der Umsetzungsstrategie (vgl. hierzu Handlungsschwerpunkt A2).

Handlungsempfehlung: Schaffung einer Koordinierungsstelle der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, zur Steuerung der Aktionen des Runden Tisches gegen Radikalismus und Gewalt und der Umsetzung der Handlungsempfehlungen. Kontinuierliche Reflexion und Bildung von Prioritäten bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen durch den Runden Tisch.

¹⁴ vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus; Handlungsschwerpunkte 5 und 7, Seite 9, 2016

In Hamm engagieren sich viele Menschen in Verbänden, Schulen, Organisationen oder direkt am Runden Tisch gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für eine demokratische Gesellschaft. Mit Ausstellungen, Lesungen, Vorträgen, Stadtführungen oder Filmvorführungen schaffen sie schon jetzt Möglichkeiten der Fortbildung und Sensibilisierung. Diese sollen weiter gestärkt werden und die Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler stärker vernetzt und eingebunden werden.

Handlungsempfehlung: Veranstaltungsformate wie Ausstellungen, Vorträge, Lesungen etc. sollen weiter gestärkt und ausgebaut werden. Dabei sollen ehrenamtliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren beteiligt und stärker vernetzt werden. Dies ist Aufgabe der Koordinierungsstelle.

Die Steuerung der internen und externen Kommunikation der Mitglieder des Runden Tisches ist als Aufgabe dem Runden Tisch zugeordnet. Die Interne Kommunikation kann durch den Einsatz von Kommunikations- und Projektbasierten Plattformen verbessert werden.

Zur externen Kommunikation sollen Homepage und soziale Netzwerke offensiv als Werbeträger und Kommunikationsplattformen eingesetzt werden. Die Homepage des Runden Tisches soll über einen Veranstaltungskalender verfügen, der aktuell über Veranstaltungen berichtet, diese ankündigt und bewirbt. Der Runde Tisch soll Konten für soziale Netzwerke einrichten. Alle Onlineangebote müssen regelmäßig gepflegt und aktualisiert werden.

Die Verbesserung der internen Kommunikation hat die Verwaltung durch die Bereitstellung, den Betrieb und die Pflege einer Open Source Plattform bereits umgesetzt. Die Kosten für den Support i.H.v. bis zu 2.000 Euro jährlich übernimmt die Stadt Hamm.

Handlungsempfehlung: Zur Verbesserung der internen Kommunikation können Open-Source Plattformen zur Anwendung kommen. Zur externen Kommunikation sollen Homepage und soziale Netzwerke offensiv als Werbeträger und Kommunikationsplattformen eingesetzt werden.

Im institutionellen Kontext (z. B. Schule) soll der Steuerung der Umsetzung der Handlungsempfehlungen in den Handlungsschwerpunkten ein Steuerungsmodell zugrunde liegen, in dem beide Akteure (hier am Beispiel Schule und Runder Tisch) eine aktive und unterstützende Rolle übernehmen. Durch die gemeinsame Strategie der Einführung und Umsetzung von Handlungsschwerpunkten im institutionellen Kontext (hier Schule) werden personelle Ressourcen gebündelt und entlasten die Partner durch Vermeidung einseitiger Zuschreibungen von Verantwortung und Aufgaben.

HANDLUNGSKONZEPT GEGEN GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

Der Runde Tisch steht verantwortlich für die Umsetzung im Handlungsschwerpunkt „Politische Bildung und gewaltfreie Erziehung“. In gemeinsamer Verantwortung mit den Schulen werden die Handlungsempfehlungen umgesetzt.

Die Schulen übernehmen das Leitbild und verleihen seinem Anliegen Ausdruck durch Beteiligung an den Programmen „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“ und durch die Teilnahme an geeigneten Streitschlichterprogrammen

IMPLEMENTATION UND KOPRODUKTION

Die Schulen werden bei Einführung, Information, Austausch und stadtweiter Koordination der Programme (Regionalkoordination) aktiv unterstützt. Fort- und Weiterbildungen werden im Handlungsschwerpunkt angeboten.

Die Schulen setzen die Programme zielgerichtet und partizipativ ein. SchülerInnen und Lehrende übernehmen gemeinsam Verantwortung für die Umsetzung. Soziales Lernen, Toleranz, Partizipation und gewaltfreie Erziehung bilden die Wertmaßstäbe.

KOMMUNIKATION

Die Programme, deren praktische Umsetzung und Wirkungsweise werden von den Schulen und dem Runden Tisch gemeinsam publiziert. Der Runde Tisch bietet mediale Plattformen für Präsentationen und Aktionen.

Die Schulen informieren sich über Maßnahmen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Es entsteht ein Austausch von Materialien und Unterrichtskonzepten. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird fächerübergreifend thematisiert.

Steuerungsmodell im institutionellen Kontext am Beispiel Schule

A 2 BÜRGERSCHAFTLICHE BETEILIGUNG

Die bürgerschaftliche Beteiligung in den Stadtteilen bildet die Grundlage der Umsetzungsstrategie dieses Konzeptes. Dem Beispiel des Projektes „Demokratie leben! Partnerschaften für Demokratie“ folgend sollen in allen Stadtteilen Hamms Beteiligungsprozesse mit dem Ziel der Förderung von Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit initiiert und umgesetzt werden. Im Hammer Westen und Norden sind vergleichbare Prozesse bereits etabliert und sollen auf die Zielrichtung hin ausgerichtet werden.

Handlungsempfehlung: In allen Stadtteilen Hamms sollen bürgerschaftliche Beteiligungsprozesse mit dem Ziel der Förderung von Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit initiiert und umgesetzt werden.

In den Stadtteilen Hammer Westen und Norden sind Beteiligungsprozesse bereits wesentlicher Gegenstand der Stadtteilentwicklungsprozesse, und das thematische Anliegen kann hier aufgegriffen und fokussiert werden.

Bürgerbeteiligung und Projekte für Demokratie und Toleranz können in den geplanten Stadtteilzentren verortet werden. Über die Stadtteilzentren können Impulse und Initiativen der Beteiligung gesteuert und Demokratisierungsprozesse initiiert werden. Nach dem Vorbild der Stadtteilbüros Hamm-Norden und Hamm-Westen sollen Stadtteilzentren in allen Stadtteilen Hamms entstehen. Die Stadtteilzentren sollen die Angebote und Präventionsketten im Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen“ durch verbindliche Kooperationen mit den beteiligten Trägern steuern.¹⁵ Die Stadtteilzentren bieten Raum und professionelle Partnerschaften für die Bürgerbeteiligung und Projekte für Demokratie und Toleranz.¹⁶

Handlungsempfehlung: Nach dem Vorbild der Stadtteilbüros Hamm-Norden und Hamm-Westen können Stadtteilzentren in allen Stadtteilen Hamms entstehen, die Raum und professionelle Partnerschaften bieten für die Bürgerbeteiligung und Projekte für Demokratie und Toleranz.

¹⁵ Stadt Hamm, Mitteilungsvorlage 0288/14: Zielvereinbarung 2015/2016 für das Jugendamt, 19.01.2015

¹⁶ vgl. Stadt Hamm, Beschlussvorlage 0700/16: Kommunales Integrationskonzept für die Stadt Hamm 2016 ff., 11.02.2016

Entsteht in den Stadtteilen Konfliktpotenzial, kann der Runde Tisch als zivilgesellschaftliches Bündnis Bürgerforen und Konfliktmoderationen einsetzen, um Ängste aufzugreifen und positive Entwicklungen zu initiieren. Dabei sollen sich die Akteurinnen und Akteure des zivilgesellschaftlichen Bündnisses für Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit positionieren.

Handlungsempfehlung: Einrichtung von Bürgerforen und Konfliktmoderationen in den Stadtteilen.

Das Zusammenleben, interkulturelle Vielfalt und Toleranz sollen im Städtebau und in der Bestandsentwicklung ihren Ausdruck finden. Dies ist die Voraussetzung, dass Integration gelingen kann.

Handlungsempfehlung: Im Zuge der städtebaulichen Planungen und Quartiersentwicklungen in Hamm soll Segregationsentwicklungen aktiv entgegen gewirkt werden.

Die Stadt Hamm ist jedoch nicht nur Gestalterin, um für Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Stadt einzutreten. Mit Bürgerämtern, Jobcentern und unzähligen Beratungs- und Unterstützungsleistungen ist die Verwaltung auch täglich im direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürger. Die Stadtverwaltung Hamm sieht sich als bürgerorientiertes Dienstleistungsunternehmen. Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger ist dabei der Leitgedanke. Die rund 2.500 Beschäftigten erbringen die verschiedenen Dienstleistungen in einem modernen Arbeitsumfeld.¹⁷ Dazu gehört auch jetzt schon eine diskriminierungsfreie und sensibilisierter Atmosphäre in der Verwaltung und im Bürgerkontakt.¹⁸ Entsprechende Fortbildungsmöglichkeiten sollen weiter gestärkt werden.

Handlungsempfehlung: Die Stadtverwaltung Hamm steht entschlossen gegen institutionalisierte Diskriminierungen. Fortbildungs- und Schulungsmöglichkeiten für eine diskriminierungsfreie Verwaltung werden weiter ausgebaut.

¹⁷ www.hamm.de/karriere.html

¹⁸ vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus; Verwaltung und Organisationen sensibilisieren, Seite 10, 2016

B Politische Bildung und gewaltfreie Erziehung

Wesentlicher Ort politischer Bildung für Kinder und Jugendliche ist die Schule. Mit ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag übernehmen die Schulen hierfür Verantwortung. Durch Ausdifferenzierung und Betonung der verschiedenen zu vermittelnden Kompetenzbereiche verfolgen die Kernlehrpläne den Ansatz, dass nicht nur Wissen, sondern eine demokratische Haltung und Handlungsfähigkeit als mündige BürgerIn eines demokratischen Rechtsstaates nachhaltig rassistischen Einstellungen entgegen wirken und demnach eine präventive Ausrichtung haben.

Ausdrucksformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie Diskriminierung und Rassismus finden auch im schulischen Alltag statt. Der hier gewählte Handlungsschwerpunkt setzt dort an, wo Schülerinnen und Schüler und Lehrende gemeinsam Verantwortung übernehmen können für eine Schule als „demokratischer Lernort“.

B 1 „LUST AUF DEMOKRATIE?“ POLITIK ZUM MITMACHEN

Das Interesse Kinder und Jugendlicher für kommunalpolitische Themen kann über den politischen Parlamentarismus nur schwer erreicht werden. Häufig sind die in den Bezirksvertretungen diskutierten Themen zu abstrakt und von der Lebenswelt Kinder und Jugendlicher weit entfernt.

Jugendgerechte Projekte, wie das Projekt „Pimp Your Town!“¹⁹ beschäftigen sich mit Themen, die die Kinder und Jugendlichen in ihrem Umfeld berühren. Die Schülerinnen und Schüler „übernehmen“ dann politische Rollen, produzieren Filme, Magazine und Planspiele und stellen Sitzungen von Bezirksvertretungen und Rat in unterschiedlichen Rollen nach, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen und sich Gehör zu verschaffen. Das Planspiel ist ein lebendiges Beispiel von Jugendbeteiligung und Politik-Event, von dem alle profitieren. Es ist ein Planspiel zur Kommunalpolitik, bei dem die Kinder und Jugendlichen sich Gehör verschaffen.

¹⁹ www.pimpyourtown.de

Handlungsempfehlung: Kommunalpolitik und demokratische Prozesse sollen für Schülerinnen und Schüler mit konkreten Beteiligungsprojekten (z. B. „Pimp Your Town!“) erlebbar werden.

Neben Beteiligungsprojekten bieten sich auch Zugänge in der frühkindlichen Bildung. Demokratie setzt eine Grundhaltung voraus, nämlich andere Meinungen und Meinungsäußerungen ernst zu nehmen und damit auch andere Ansichten und Meinungen als gleichwertig und wertfrei zu akzeptieren. Geeignete pädagogische Ansätze sind für die frühkindliche Bildung entwickelt. Die Vorurteilsbewusste Pädagogik fördert Kinder, sich in ihrer Identität zu stärken, Erfahrungen mit Vielfalt zu machen und zum kritischen Denken über Vorurteile, Einseitigkeiten und Diskriminierung anzuregen.²⁰

Handlungsempfehlung: Förderung der Meinungsbildung als demokratische Grundhaltung in der frühkindlichen Bildung für Kinder in Tageseinrichtungen und Grundschulen. Als geeigneter pädagogischer Ansatz bietet die Vorurteilsbewusste Pädagogik Kindern entsprechende Erfahrungsräume.

B 2 MEDIATION UND STREITSCHLICHTUNG

Schüler-Streitschlichtung und Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbearbeitung sind zentrale Elemente der Gewaltprävention und der Verbesserung des Schulklimas.²¹ Wie zahlreiche Beispiele aus der Schulpraxis in Hamm zeigen, können Streitschlichtungsprogramme bereits in der Grundschule mit Erfolg implementiert werden. „Zukünftig sollte Konfliktschlichtung genauso selbstverständlich im Lehrplan stehen wie Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen. Denn wer früh lernt, Auseinandersetzungen zu einem konstruktiven Ende zu führen, wird davon sein Leben lang profitieren.“²² Das Projekt Friedensstifter der Gewalt Akademie

²⁰ www.kindergartenpaedagogik.de/1989.html

²¹ vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus; Handlungsziel: Stärkung und Entwicklung von Zivilcourage, Seite 37, 2016

²² Renate Schmidt, ehem. Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Oktober 2002 bis November 2005. In: Sabine Behn u.a.: Evaluation von Mediationsprogrammen an Schulen, Seite 9, 2005

Villigst bietet ein weiteres Lernfeld für Grundschulen, Partizipation, soziales Lernen und die Entwicklung einer angstfreien Lern- und Schulkultur zu fördern.²³

Handlungsempfehlung: Einführung von Mediations- und Streitschlichtungsprogrammen an den Grund- und weiterführenden Schulen in der Stadt Hamm.

Das Problem von Mobbing und Gewalt, die Unfähigkeit, andere zu respektieren und Konflikte gewaltfrei zu lösen, tritt auch in Schulen auf. Verschiedene Projekte sind mittlerweile erprobt und können an Schulen eingesetzt werden. So hat die Spiel- und Theaterwerkstatt Villigst beispielsweise das Projekt „Coole Monkeys“ durchgeführt, das Gewalteskalation und Mobbing wirksam begegnet.²⁴

Handlungsempfehlung: Zur Deeskalation von Gewalt und Mobbing an Hammer Schulen sollen neue pädagogische Programme und Projekte erprobt werden.

B 3 SCHULE OHNE RASSISMUS SCHULE MIT COURAGE

„Schule ohne Rassismus/ Schule mit Courage“ ist ein Mitte der Neunziger Jahre ins Leben gerufenes, mittlerweile bundesweit etabliertes Projekt von und für Schülerinnen und Schüler. Es bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing, Gewalt und insbesondere Rassismus wenden.

Um den Zielen einer „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gerecht zu werden, müssen sich Schule und Schülerinnen und Schüler zu der Selbstverpflichtung bekennen, sich dafür einzusetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe der Schule wird, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Gewalt an der Schule, Diskriminierungen und insbesondere Rassismus zu überwinden und mindestens einmal pro Jahr ein Projekt zu diesen Themen durchzuführen. Durch eine kommunale Koordination

²³ www.gewaltakademie.de/index.php/gav/friedensstifterinnen

²⁴ Bundesverband Kulturarbeit in der evang. Jugend e.V.

werden die Schüler-AG´s und Lehrkräfte in regelmäßigen Abständen in Fragen der interkulturellen Kompetenz geschult und in Deeskalation von Rassismus und Gewalt beraten. Zehn Schulen sind bis heute in Hamm als „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage zertifiziert.“²⁵

Handlungsempfehlung: Förderung der Beteiligung der weiterführenden Schulen in der Stadt Hamm am Programm „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“.

B 4 ERWACHSENENBILDUNG

Neben präventiven Konzepten und Projekten gegen rassistisches Denken und Handeln von Jugendlichen bzw. jungen Menschen im Kontext von Schule und Freizeit müssen auch Erwachsenen in Hamm diesbezügliche Lern- und Erfahrungsfelder geboten werden. Insbesondere Weiterbildungseinrichtungen wie z. B. Volkshochschulen, aber auch nicht-kommunalen Einrichtungen kommt in dieser Hinsicht eine bedeutende gesellschaftspolitische Aufgabe zu.

Bei der Entwicklung von Angeboten und Maßnahmen ist davon auszugehen, dass Erwachsene und ältere Erwachsene aufgrund wesentlich längerer und unterschiedlicher Sozialisations- und Erfahrungsphasen in ihren Urteilen und möglicherweise auch Vorurteilen geprägter und fester als junge Menschen sind. Auch haben Erwachsene in der Regel weniger Kontaktmöglichkeiten zu Migrantinnen und Migranten in ihren etablierten sozialen Netzwerken.

Angebote setzen hier an, schaffen neue Begegnungs- und Kommunikationsfelder und möglichst auch gemeinsame Lernerfahrungen, weniger über abstrakte und abstrahierte Themenstellungen zum Beispiel in Vorträgen, als vielmehr durch Begegnung und gemeinsames (informelles Lernen) in allen relevanten Bereichen.

Handlungsempfehlung: Durchführung von Angeboten des interkulturellen Lernens in der politischen Erwachsenenbildung.

²⁵ Konrad Adenauer Realschule, Hardenbergschule (Hauptschule, geschlossen am 31.07.2013), Märkisches Gymnasium, Martin Luther Schule (Hauptschule), Elisabeth-Lüders Berufskolleg, Anne Frank Schule (Hauptschule), Galilei Gymnasium, Friedensschule (Gesamtschule), Friedrich-Ebert-Realschule, Karlschule (Hauptschule)

C Jugendarbeit, Freizeit und Sport

C 1 JUGENDARBEIT UND FREIZEIT

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind Akteure in der Förderung einer Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen und diskriminierenden Einstellungen und Verhaltensweisen. Dabei stellt die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen eine Herausforderung insbesondere für die Haupt-, neben- und ehrenamtlichen Fachkräfte der Jugendarbeit dar.

Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit in den Jugendzentren in freier und öffentlicher Trägerschaft und in der Jugendverbandsarbeit in Hamm liegen in der freizeitpädagogischen und interkulturellen Bildungs- und Kulturarbeit.

Die interkulturelle Jugendarbeit ist im Angebotsfeld der Kinder- und Jugendarbeit bereits fest verankert. Freizeit- und kulturpädagogische Angebote (Tanz, Theater, Schauspiel, Video- und Filmprojekte, etc.) gehören mittlerweile zu den Angebotsstandards.

Zur Weiterentwicklung der Integrationsarbeit mit interkulturellen Schwerpunkten soll das Jugendzentrum Bockelweg zum Stadtteil- und Integrationszentrum²⁶ ausgebaut werden. Die Bürgerschaftliche Beteiligung für Demokratie und Toleranz im Stadtteil Heessen, die im Projekt „Toleranz fördern – Kompetenz stärken - Lokaler Aktionsplan Heessen“ gefördert wird, soll hier „Raum“ finden, sich mit dem Schwerpunkt der Integration weiter zu entwickeln.

Handlungsempfehlung: Zur Förderung der Integration mit interkulturellen freizeit- und kulturpädagogischen Angeboten soll zunächst das Jugendzentrum Bockelweg zum Stadtteil- und Integrationszentrum ausgebaut werden.

Die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen ist bislang kein Handlungsschwerpunkt der Jugendarbeit. Im ersten Schritt sollen haupt-, neben- und ehrenamtlichen Fachkräften Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bei jungen Menschen näher gebracht und Möglichkeiten des frühzeitigen Erkennens ver-

²⁶ Stadt Hamm, Beschlussvorlage 0725/16: Beteiligung der Stadt Hamm am Sonderprogramm „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ mit dem Projekt „Modellhafte Entwicklung des Jugendzentrums Bockelweg zum Stadtteil- und Integrationszentrum“, 17.02.2016

mittelt werden. Darüber hinaus soll für die Wahrnehmung von Veränderungen bei jungen Menschen, die zu einer Radikalisierung führen, sensibilisiert und Interventionsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Auf dieser Grundlage kann die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen zum Bestandteil der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit werden. Hierfür kann im Rahmen der Jugendförderung ein eigener Förderschwerpunkt geschaffen werden.

Handlungsempfehlung: Die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen soll zum Bestandteil der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit werden. Haupt-, neben- und ehrenamtliche Fachkräfte sollen für die Arbeit mit der Zielgruppe aus- und fortgebildet werden.

Die Zielgruppe junger Menschen mit beginnender Radikalisierung, die erstmalig straffällig werden, ist in Hamm relativ schwach ausgeprägt. Vereinzelt werden fremdenfeindliche Motive bei der Zielgruppe erfasst. Um weitere Radikalisierungsverläufe zu stoppen bzw. Alternativen für die Lebensentwürfe Jugendlicher und junger Menschen zu entwickeln, sollen zukünftig vermehrt bewährte Zugänge und bestehende Angebote genutzt werden. An der Schnittstelle von Jugendhilfe, Justiz und Polizei können diese Zugänge genutzt und gestaltet werden. So sollen in allen Polizeipräsidien in NRW explizit Präventionsmaßnahmen für Ersttäterinnen und Ersttäter und Gefährdete durchgeführt werden.²⁷

Zu den bewährten Zugängen zählen insbesondere folgende Angebote: die Opferberatung BACKUP und die Ausstiegsberatung COMEBACK des Westfälischen Vereins zur offensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.²⁸, bei dem die Stadt Hamm Mitglied ist. Ferner das staatliche Aussteigerprogramm NRW, angesiedelt beim Innenministerium, sowie das zivil-gesellschaftliche Aussteigerprojekt NinA NRW. Die Aussteigerberatung bietet Schutz und hilft bei der Gestaltung eines neuen Lebensweges. Dies kann Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche, Entziehungsmaßnahmen, Umzugshilfen oder

²⁷ Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus; Handlungsfeld Polizei, Seite 20, 2016

²⁸ www.backup-comeback.de

Haftbetreuung umfassen. Auch die Aufarbeitung rechtsextremer Denkmuster und die kritische Auseinandersetzung mit eigenem Verhalten sind wichtige Aufgaben im Ausstiegsprozess. Für Eltern Jugendlicher besteht ein landesweites Beratungsnetzwerk mit über 100 Beraterinnen und Berater aus Jugendämtern und Familienberatungsstellen, das durch das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA NRW) koordiniert wird.²⁹

Handlungsempfehlung: Um weitere Radikalisierungsverläufe zu stoppen bzw. Alternativen für die Lebensentwürfe Jugendlicher und junger Menschen zu entwickeln, sollen zukünftig vermehrt bewährte Zugänge und bestehende Angebote genutzt werden.

C 2 SPORT

Sport hat eine herausragende Bedeutung für die Integrations- und Inklusionsförderung. Sport bringt Menschen verschiedenen Geschlechts, verschiedener Herkunft, Religionen, Weltanschauungen und sozialer Hintergründe zusammen. Die sozial-integrative Komponente spielt dabei eine herausragende Rolle. Grundsätzlich fördern die Sportvereine ein vielfältiges Miteinander.³⁰

Die Förderung des gemeinsamen Engagements für die Belange der Bürgerinnen und Bürger, die Stärkung der Nachbarschaften und des Zusammenhalts, der gegenseitigen Hilfe und Kommunikation durch geeignete Aktionen sind Möglichkeiten für die Vereine, neue Perspektiven und zukunftssichere Mitgliederstrukturen aufzubauen.³¹

Vereine sollen im Sinne der dezentralen Kooperation und Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im Stadtteil bzw. Quartier motiviert und unterstützt werden. Die Vorstände der Sportvereine sollen aufgefordert werden, sich in einer selbstverpflichtenden Erklärung auf der Basis des „Hammer Appells“ zur

²⁹ vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus; Handlungsfeld Beratungsinfrastruktur gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Seite 23, 2016

³⁰ Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Seite 22, 2016

³¹ www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/rechtsextremismus-im-sport

interkulturellen Öffnung und Abwehr von Radikalismus und Gewalt zu bekennen – auch wenn dies in vielen Vereinssatzungen unter der Überschrift „Vereinszweck“ grundsätzlich bereits genannt ist. Die Vereine können sich evtl. durch entsprechende Satzungsänderungen bzw. Ergänzungen gegen die Aufnahme und Aktivitäten von neofaschistischen und menschenfeindlichen Gruppen und Einzelpersonen schützen.

Ein Mitglied des Runden Tisches soll an einem der regelmäßig vom Stadtsportbund durchgeführten Stammtische bei verschiedenen Vereinen teilnehmen und zum Thema Radikalismus- und Gewaltprävention berichten. Dies soll u.a. dazu dienen, das Thema in einer neuen Form an die Vereine heranzutragen und daraus Anregungen für geeignete weitere Maßnahmen zu bekommen.

Handlungsempfehlung: Sportvereine können über das Bundes- bzw. Landesprogramm „Integration durch Sport“ Mittel für integrationsfördernde Projekte beantragen und so ihr haupt- und ehrenamtliches Personal (Trainerinnen und Trainer, Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Verwaltung, etc.) interkulturell qualifizieren.

D Interkultureller und interreligiöser Dialog

D1 INTERKULTURELLER DIALOG

Ausgehend von den insbesondere im Bereich Kultur gemachten Erfahrungen mit der Beteiligung an Veranstaltungen wie dem Internationalen Frauenfrühstück, bei denen auf der Basis von gemeinsamem Essen und Trinken Familien, Frauen und Kinder unverbindlich zusammen kommen, können diese Veranstaltungen zentral und dezentral ausgeweitet, verstetigt und mit weiteren kulturellen Formen (Musik, Tanz, etc.) und Informationen (Filme, Ausstellungen, Berichte/Erzählungen von Teilnehmenden, etc.) „angereichert“ werden. Die Organisationen und Vereine, die in den Bereichen Kultur und Freizeit vielfältige Arbeit leisten, können mit einer selbst-verpflichtenden Erklärung auf der Basis des „Hammer Appells“ zu den Themen interkulturelle Öffnung und Abwehr von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert werden.

Durch einen verstetigten Kontakt zu den Migrantenselbstorganisationen (vgl. Handlungsempfehlung A1) kann der Dialog gestärkt und eine beiderseitige Öffnung in der Gesellschaft unterstützt werden. Durch den Zuzug vieler Einwanderinnen und Einwanderer entstehen darüber hinaus neue Plattformen und Chancen des interkulturellen Dialogs.

Dabei ist es wichtig, dass die Angebote regelmäßig an einem Ort stattfinden, sich die Beteiligten „auf Augenhöhe“ begegnen, die Gestaltung in Eigenregie übernehmen und den Besucherinnen und Besucher viel Zeit für familienfreundlichen und ungezwungenen Austausch gegeben wird.

Dafür ist erforderlich, dass die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden und geeignete Örtlichkeiten zur Verfügung stehen. Neben verantwortlichen Trägern bzw. Trägerverbänden für die Planung und Organisation bedarf es der stetigen Einbringung ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger.

Mit der Gewinnung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die dezentral in Quartieren und Stadtteilen verankert sind wird der Austausch gestärkt und eine Weiterentwicklung der Angebote möglich.

Handlungsempfehlung: Der interkulturelle Dialog soll niedrigschwellig ausgebaut und inhaltlich weiterentwickelt werden.

Die in Hamm gelebte kulturelle Vielfalt und das „interkulturelle Selbstwertgefühl“ der Menschen unterschiedlicher Kulturen in Hamm werden in der Öffentlichkeit bislang zu wenig transparent. Hier können neue Formate der Öffentlichkeitsarbeit erprobt und umgesetzt werden (vgl. Handlungsempfehlungen E). Der Runde Tisch kann mit zusätzlichen Veranstaltungsformaten die Öffentlichkeitsarbeit begleiten und unterstützen.

Handlungsempfehlung: Im Rahmen der Interkulturellen Woche soll ein stadtweites und öffentliches Veranstaltungsformat des Runden Tisches öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung finden.

D 2 INTERRELIGIÖSER DIALOG

Die Religionsgemeinschaften und ihre Mitglieder haben erste Angebote des interreligiösen Dialogs erfolgreich umgesetzt. Die Beteiligung am Runden Tisch als dem zivilgesellschaftlichen Bündnis und die Bündelung der Akteurinnen und Akteure in Hamm ist das nächste Ziel.

Mit der Gewinnung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren kann vielen engagierten Ehrenamtlichen in Kulturvereinen und Religionsgemeinschaften eine stärkere Teilhabe und Partizipation ermöglicht sowie der Austausch gestärkt und ausgebaut werden.

Auf Grundlage des Hammer Appells³² und der Eckpunkte zur Arbeit am Runden Tisch³³ soll eine gemeinsame Erklärung zum Gewaltverzicht und zur demokratischen Zivilgesellschaft erarbeitet werden. Dazu gehört auch das gemeinsame Streben nach Freundschaft und Kooperation aller Religionsgemeinschaften.

Handlungsempfehlung: Kulturvereine und Religionsgemeinschaften sollen am Runden Tisch gegen Radikalismus und Gewalt beteiligt werden.

E Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz

E 1 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Auch wenn in den Handlungsschwerpunkten des Konzeptes bereits vielfältige und auch nachhaltige Aktivitäten in unterschiedlicher Trägerschaft von zivilgesellschaftlichen Initiativen, im institutionellen und verbandlichen Kontext bestehen, sollen weitere Institutionen, Organisationen und Vereine gewonnen werden, sich für Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu engagieren.

Die Interessensverbände sollen ihre rechtlichen Arbeitsgrundlagen (Leitbilder, Verfassungen, Statuten, Satzungen, etc.) im Hinblick auf ihre interkulturelle Öffnung und gleichberechtigte Teilhabemöglich-

³² Anlage 1: Hammer Appell

³³ Anlage 2: Eckpunkte zur Arbeit am Runden Tisch

keit aller gesellschaftlichen Gruppen und Akteurinnen und Akteuren überprüfen („Cultural Mainstreaming“ bzw. „Diversity Management“).

Handlungsempfehlung: Die Bekanntheit des Hammer Appells als kommunales Leitbild in der BürgerInnenschaft soll durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen gesteigert werden. Zur Vermittlung und Verbreitung wird eine Strategie des Runden Tisches entwickelt.

Der Runde Tisch tritt zukünftig mit eigenem Erscheinungsbild (Corporate Design und Corporate Identity) auf. Die Inhalte des Leitbildes und insbesondere die Integration von ZuwanderInnen kann in der Öffentlichkeit positiv begleitet werden. Die Hammer Projekte „Jugendliche ohne Grenzen“, Mosaik e.V., die Flüchtlingshilfe Hamm e.V. sind hierfür gute Beispiele.

Für zukünftige Aktionen und Demonstrationen wird es erforderlich, dass sich die unterschiedlichen Vorstellungen der Akteurinnen und Akteure annähern und ein gemeinsamer Konsens entsteht. Die Möglichkeit der Beteiligung an Veranstaltungen, insbesondere der Demonstration am 3. Oktober mit einem eigenen Format oder Angebot kann das Anliegen des Runden Tisches deutlich machen.

Handlungsempfehlung: Bei Demonstrationen, insbesondere am 3. Oktober soll der Runde Tisch als Veranstalter und Bündnis für Demokratie und Toleranz mit eigenem Angebot und Format auftreten.

Weitere geeignete Veranstaltungsformate sind Straßenfeste, Stadtteilstädte, Interkulturelle Feste, zentrale Kundgebungen, Theater, Nutzung des öffentlichen Raums, Gegendemonstrationen u.v.m.

Die Werbung für Veranstaltungen für Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ein wichtiges Anliegen. Die Veranstaltungen sollen aktiver und öffentlichkeitswirksam beworben werden. Auf der Homepage des Runden Tisches soll ein Veranstaltungskalender aktuell auf Veranstaltungen hinweisen.

Eigene Social-Media-Auftritte sollen Veranstaltungen bewerben und den Informationsfluss und die öffentliche Wirkung nachhaltig ver-

stärken. In sozialen Netzwerken kann der Runde Tisch in den öffentlichen Diskurs gehen und seine Anliegen offensiv vertreten. Der bestehende Interkulturelle Kalender muss stetiger aktualisiert werden und soll ebenfalls auf der Homepage erscheinen, um die interkulturelle Vielfalt Hamms in den Vordergrund zu stellen und aktiv für Vielfalt und Toleranz zu werben.

Handlungsempfehlung: Veranstaltungen für Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollen aktiver und öffentlichkeitswirksam beworben werden. Insbesondere im Internet und den sozialen Medien kann die Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert werden.

Mit einer Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit können die neugeschaffenen Angebote des Handlungskonzeptes stetig beworben und über die individuellen Möglichkeiten informiert werden. Einer „kurzer Draht“ für Beteiligungsmöglichkeiten und Beratungsangebote schafft Bewusstsein und im Beratungsfall auch unkomplizierte Ansprache.³⁴

Handlungsempfehlung: Über die Angebote zur Mitwirkung oder zu den Beratungsmöglichkeiten (Mobile Beratung, Opferberatung, Ausstiegsberatung) wird in der Öffentlichkeitsarbeit und den eigenen Medien stetig informiert.

Zur Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit sollen Fortbildungen für Akteurinnen und Akteure in Öffentlichkeitsarbeit sowie für Organisation, Werbung und Marketing für Veranstaltungen angeboten werden.

Neben der Werbung für Leitbild und Veranstaltungen bietet eine kontinuierliche Berichterstattung zum Thema Möglichkeiten, das Leitbild in die öffentliche Debatte einzubringen und als Position zu besetzen. Klare Positionen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollen vom Runden Tisch geprägt werden. Dabei sollen Sorgen und Ängste aufgegriffen und aktiv für Solidarität, Vielfalt und Demokratie geworben werden. Dabei soll der Runde Tisch bei

³⁴ vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus; Handlungsziel: Ausbau der Kooperation zwischen lokaler und Landesebene, Seite 33, 2016

Bedarf eine Pressemitteilung erstellen oder eine Pressekonferenz durchführen, die über wesentliche Themen informiert. Es soll durch feste Ansprechpartner Kontinuität in der Berichterstattung entstehen.

Der Informationsfluss zwischen dem Runden Tisch und der örtlichen Presse (WA, Lippewelle, türkische Printmedien) soll organisiert und aktiv gestaltet werden (Kontaktpartner, Zugänge, Absprachen).

Aktive Beiträge bei Radio Lippewelle und im Bürgerradio bieten Raum und Öffentlichkeit für Anliegen des Runden Tisches. Dabei können Einzelschicksale, Diskriminierungserlebnisse, Biografien von Geflüchteten pauschalen Sichtweisen und Vorurteilen entgegenreten. Dabei sollen von Diskriminierung Betroffene selbst zu Wort kommen. Gemeinsam mit den lokalen Radioangeboten soll ein Programmformat für den Runden Tisch entwickelt und umgesetzt werden, das für Toleranz wirbt und sich klar gegen Menschenfeindlichkeit abgrenzt.

Handlungsempfehlung: Gemeinsam mit dem lokalen Radioangebot soll ein Programmformat für die Anliegen des Runden Tisch entwickelt und umgesetzt werden.

E 2 MEDIENKOMPETENZ

Medienkompetenz und Diversitykompetenzen für Medienberichterstattungen sind sinnvoll und erforderlich. Unter Beteiligung der kommunalen Akteurinnen und Akteure am Runden Tisch und Medienvertreterinnen und Medienvertreter können hierfür gemeinsame Ideen entstehen.

Gleichzeitig sind die Schwellen zum Rassismus und Diskriminierung in der Sprache ein wesentliches Thema der öffentlichen Kommunikation. Hierfür kann bspw. durch das Glossar der Neuen deutschen Medienmacher³⁵ stärker sensibilisiert werden.

Handlungsempfehlung: Für die Öffentlichkeitsarbeit sollen Medien- und Diversitykompetenzen stärker genutzt werden.

³⁵ www.neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2014/11/NdM_Glossar_15_Nov_2014.pdf

Mit dem Label „Echte Hammer zeigen Herz“ setzt die Stadt Hamm auch beim Stadtmarketing auf eine Stärkung von Engagement und Beteiligung in der Stadtgesellschaft.³⁶ Die Plakatkampagne im Zuge des Zuzugs von Geflüchteten 2015 war dabei vorbildlich. Mit dem Qualitätssiegel „Echte Hammer“ werden darüber hinaus vorbildlich engagierte Hammer Unternehmen ausgezeichnet. Mit der Ausweitung der Kriterien für dieses Zertifikat um Toleranz und Vielfalt wird der Gedanke des Hammer Appells auch in Hammer Betrieben getragen.³⁷

Handlungsempfehlung: Stärkung des Labels „Echte Hammer zeigen Herz“ und Erweiterung der Qualitätskriterien für das Siegel „Echte Hammer“ um Toleranz und Vielfalt im Unternehmensverständnis.

Der Werbung und Propaganda neofaschistischer Gruppen muss entschieden entgegen getreten werden. Plakate mit volksverhetzenden und verfassungsfeindlichen Inhalten und die Werbung der Rechten im Umfeld von Schulen und Bildungseinrichtungen haben in Hamm keinen Platz. Den Versuchen, Veranstaltungsorte und Veranstaltungen für rechte Propaganda in Hamm zu finden, muss rechtlich und mit Formen des gewaltlosen und zivilen Widerstandes begegnet werden.

Handlungsempfehlung: Das mediale Auftreten neofaschistischer Hammer Gruppen soll dokumentiert werden. Ihm soll konsequent entgegengetreten werden.

³⁶ www.hamm.de/echte-hammer-zeigen-herz.html

³⁷ vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus; Handlungsziel: Stärkung der Entwicklung von Zivilcourage, Seite 37, 2016

3. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN UND UMSETZUNG

3.1. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN Handlungsschwerpunkte und Handlungsempfehlungen des Konzeptes werden im Folgenden gelistet:

SCHWERPUNKT	SEITE	HANDLUNGSEMPFEHLUNG
A Zivilgesellschaftliche Bündnisse und bürgerschaftliche Beteiligung		
A 1	21	Beteiligung von Integrationsrat und Migrantenselbstorganisationen am Runden Tisch
A 1	23	Einrichtung einer Koordinierungsstelle am Runden Tisch und Steuerung der Umsetzung der Handlungsempfehlungen
A 1	24	Stärkung und Koordinierung von Veranstaltungsformaten (Ausstellungen etc.)
A 1	24	Verbesserung der internen und externen Kommunikation (Öffentlichkeitsarbeit) des Runden Tisches
A 2	26	Bürgerschaftliche Beteiligung bei Projekten zur Förderung von Demokratie und Toleranz
A 2	26	Stadtteilzentren als „Orte“ der Beteiligung
A 2	27	Bürgerforen und Konfliktmoderation in den Stadtteilen
A 2	27	Interkulturelle Vielfalt als Leitbild im Städtebau
A 2	27	Ausbau von Fortbildungen für eine diskriminierungsfreie Stadtverwaltung
B Politische Bildung und gewaltfreie Erziehung		
B 1	29	Kommunalpolitische Mitbestimmung von Schülerinnen und Schüler in Rat und Bezirksvertretungen
B 1	29	Förderung der Meinungsbildung als Grundhaltung in der frühkindlichen Bildung
B 2	30	Mediation und Streitschlichtung an Schulen
B 2	30	Projekte zur Deeskalation von Gewalt und Mobbing an Schulen
B 3	31	Förderung des Programms „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“
B 4	31	Interkulturelle Lernangebote in der Erwachsenenbildung
C Jugendarbeit, Freizeit und Sport		
C 1	32	Ausbau des Jugendzentrums Bockelweg zum „Stadtteil- und Integrationszentrum“
C 1	33	Förderschwerpunkt: Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen
C 1	34	Zugang zu Aussteigerberatungen
C 2	35	Interkulturelle Qualifikation in den Sportvereinen

SCHWERPUNKT	SEITE	HANDLUNGSEMPFEHLUNG
D Interkultureller und interreligiöser Dialog		
D 1	36	Ausbau des interkulturellen Dialogs
D 1	36	Veranstaltung des Runden Tisches bei der Interkulturellen Woche
D 2	37	Beteiligung von Kulturvereinen und Religionsgemeinschaften am Runden Tisch
E Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz		
E 1	38	Strategieentwicklung zur Stärkung der Bekanntheit des „Hammer Appells“
E 1	38	Aktionen und Demonstrationen durch den Runden Tisch
E 1	39	Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit insbesondere im Internet und den sozialen Medien
E 1	39	Information zu überregionalen Beratungsangeboten (Mobile Beratung, Opferberatung, Ausstiegsberatung)
E 1	40	Programmformat für Demokratie und Toleranz im Radio
E 2	40	Stärkung von Medien- und Diversitykompetenzen
E 2	41	Stärkung des Labels „Echte Hammer zeigen Herz“ und Erweiterung der Qualitätskriterien beim Siegel „Echte Hammer“ um Vielfalt und Toleranz
E 2	41	Mediales Auftreten der rechten Szene dokumentieren und entgegentreten

3.2. FINANZIERUNG

Eine Förderkulisse für das Handlungskonzept bietet das Bundesprogramm "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechts-extremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.³⁸

Im Themenfeld „Partnerschaften für Demokratie“ des Bundesprogramms sollen Maßnahmen gefördert werden, die die Handlungskompetenz von Institutionen und Bildungseinrichtungen als auch individuell Betroffener im Umgang mit rassistischer Diskriminierung stärken sowie zur Bewusstseinsbildung für Rassismus als gesellschaftliches Problem sowie dessen Auswirkung auf die Betroffenen beitragen. Diesen Förderschwerpunkt greift das vorliegende Handlungskonzept in seiner Zielsetzung und seinen Handlungsschwerpunkten auf.

³⁸ www.demokratie-leben.de

Ziel des Programms ist die Förderung von zivilem Engagement und demokratischem Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene. Gefördert werden Lokale Partnerschaften für Demokratie. Städte, Gemeinden, Landkreise und sonstige kommunale Gebietskörperschaften in ganz Deutschland können sich derzeit um eine Förderung durch das Bundesprogramm bewerben. Das Interessenbekundungsverfahren zur Auswahl weiterer „Partnerschaften für Demokratie“ wurde verlängert und endete am 30. März 2016. Zur Fristwahrung hat die Stadt Hamm ihr Interesse an einer Teilnahme am Förderprogramm bekundet.

In diesen „Partnerschaften für Demokratie“ kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie.

Eine weitere Förderkulisse eröffnet das „Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. Unter dem Handlungsschwerpunkt „Präventives Handeln vor Ort stärken“ stellt das Land NRW 2 Mio. Euro zur Verfügung, um die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Handlungskonzepte zu fördern.³⁹

Die in diesem „Handlungskonzept gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ der Stadt Hamm vorgelegten Handlungsempfehlungen korrespondieren in hohem Maße mit den Handlungsschwerpunkten des Landesprogramms. Sie setzen auf eine enge Verzahnung mit den landesweiten und überregionalen Netzwerken und Angeboten, die mit dem Landesprogramm weiter gestärkt werden. Dazu gehören die verschiedenen Aussteigerprogramme, die Mobile Beratung, die Opferberatung, das Programm „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“, die Zusammenarbeit

³⁹ Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Seite 9, 2016

mit dem Stadt- bzw. Landessportbund, der Ausbau von Gewaltpräventionstrainings an Schulen und viele weitere Maßnahmen.

Die Stadt Hamm wird sich um eine Förderung bei der voraussichtlichen Veröffentlichung der Förderschwerpunkte im Sommer 2016 bewerben.

3.3. SCHWERPUNKTE IM KONTEXT DES PROGRAMMS „DEMOKRATIE LEBEN“

Das vorliegende Handlungskonzept gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit den Schwerpunkten

- * der Stärkung zivilgesellschaftlicher Bündnisse für Demokratie und Toleranz,
- * der bürgerschaftlichen Beteiligung im interkulturellen und interreligiösen Dialog und
- * der Förderung von Präventionsstrategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Jugendarbeit, Schule und Sport

will ziviles Engagement und demokratisches Verhalten in Hamm fördern. Im Kontext des Bundesprogramms „Demokratie leben“ im Themenfeld „Partnerschaften für Demokratie“ greift das Handlungskonzept im Kern das geforderte zivilgesellschaftliche Engagement und die bürgerschaftliche Beteiligung als Umsetzungsstrategie auf.⁴⁰

Förderschwerpunkt in Hamm soll die nachhaltige Förderung wirksamer Strukturen und Handlungsansätze für Demokratie und Toleranz und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in zivilgesellschaftlichen Bündnissen sein.

Den geförderten Kommunen stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jährlich Mittel für einen Aktions- und Initiativfonds zur Verfügung, aus dem konkrete Einzelmaßnahmen finanziert werden sollen. Die im vorliegenden Handlungskonzept konkretisierten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen fügen sich in diese Förderkulisse ein.

⁴⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, Förderung 2016

Zu bilden ist im Bundesprogramm ein Begleitausschuss, der neben Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt werden soll. Der Begleitausschuss fungiert als strategisch handelndes, zentrales Gremium bei der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“. Diese Aufgabe kann der Runde Tisch gegen Radikalisierung und Gewalt übernehmen.

Zur fachlich-inhaltlichen Koordinierung der Einzelmaßnahmen muss in Hamm eine Koordinierungs- und Fachstelle (vgl. Handlungsempfehlung A 1) eingerichtet werden, die bei einem freien Träger angesiedelt wird. Hier hat der evangelische Kirchenkreis Hamm bereits sein Interesse bekundet.

Für Maßnahmen zur Partizipation, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit werden den geförderten Kommunen gesondert Mittel zur Verfügung gestellt. Durch geeignete Maßnahmen soll hiermit die Arbeit der „Partnerschaft für Demokratie“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht und für eine Mitwirkung geworben werden. Diese Maßnahmen sind im vorliegenden Handlungskonzept bereits konkretisiert.

Für die auf fünf Jahre ausgelegte Förderung muss ein Eigenanteil der geförderten Kommune eingebracht werden. Hierfür kann die Stadt Hamm auf die freiwerdenden Eigenmittel aus der Kofinanzierung des Projektes „No Trouble! Trainings- und Beratungsmethoden zur Deradikalisierung und Ausstiegshilfe“ des Deutschen Roten Kreuzes Kreisverband Hamm e.V. zurückgreifen.

3.4. PRAXISEVALUATION

Eine wissenschaftliche Begleitung soll sowohl auf der Handlungsebene, als auch auf der Angebotsebene ansetzen.

Auf der Handlungsebene sollen die Interventionen, d.h. die Steuerungsimpulse im Handlungsfeld reflektiert werden. Impulse sind die Interventionen in der Aktivierung bürgerschaftlicher Beteiligung und der gemeinsamen Entwicklung im institutionellen Kontext. Wie wirken die Impulse und welche Handlungen entstehen, welche Wechselwirkungen in der Beziehung der Beteiligten wirken

produktiv im Hinblick auf die beabsichtigte Wirkung und welche nicht. Durch kontinuierliche Reflektion und Anpassung der Steuerungsleistungen auf die Wirkungsziele hin soll die Zielerreichung abgesichert werden.

Auf der Angebotsebene stehen die aus den Handlungsempfehlungen heraus entwickelten Maßnahmen im Fokus. Die Maßnahmen werden zum Gegenstand wirkungsorientierter Reflektion und Bewertung. Welche Maßnahmen sind geeignet, die angestrebten Ziele zu erreichen, welche nicht. Die wirkungsorientierte Bewertung der Maßnahmen führt im Ergebnis dazu, dass die Förderung von Maßnahmen, die infolge ihrer Wirkungen Ziele gut erreichen, fortgeführt und weniger geeignete Maßnahmen zur Zielerreichung bzw. deren Förderung nicht fortgeschrieben wird.

Gegenstand der Praxisevaluation sollen die im Handlungsfeld geplanten Interventionen, insbesondere im Handlungsschwerpunkt bürgerschaftlicher Beteiligung und Umsetzung der Handlungsschwerpunkte und die Maßnahmen bzw. deren Wirkungen sein. Als Partner für die Praxisevaluation soll eine Hochschule gewonnen werden, die mit sozialwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten Erfahrungen und Expertisen in der Wirkungsforschung nachweisen kann.

ANLAGE 1

Hammer Appell

Miteinander leben - keine Chance für Intoleranz und Gewalt

Wir, die Unterzeichner dieses Appells, sind uns einig, dass Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserer Stadt nicht geduldet werden können. Wir lehnen jede Form des politischen Extremismus ab und bekunden unsere Solidarität mit den in unserer Stadt lebenden Ausländern und Angehörigen von gesellschaftlichen Minderheiten.

In Deutschland werden Menschen ermordet, verletzt, angepöbelt, missachtet. Damit muss Schluss sein! Im Kampf gegen Rechtsradikale müssen alle Demokraten zusammenstehen. Wir schauen nicht weg, wenn kleine Gruppen zu Hass und Gewalt aufrufen, wenn Menschen anderer Hautfarbe oder anderen Glaubens beleidigt und bedroht werden oder wenn nazistische Propaganda verbreitet wird.

Ausländerfeinde sind Verfassungsfeinde, Gewalttäter sind Schwerstkriminelle. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, aktiv zu werden und Zivilcourage zu zeigen! Bei dumpfen, rechten Sprüchen nicht weghören, sondern widersprechen; bei Gewalt und konkreten Straftaten sofort Polizei und Justiz informieren! Den rechten Gewalttätern muss klar werden, dass sie nicht mit einer stillschweigenden Zustimmung für ihre Taten rechnen können.

Die übergrosse Mehrheit der Hammer Bürgerinnen und Bürger lehnt jede Form von politischem Extremismus und Gewalt entschieden ab. Wir haben - bei allen Konflikten - in den vergangenen 50 Jahren friedlich miteinander gelebt. Das muss auch in Zukunft so bleiben!

Beschlossen am 19. November 1991 in der Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Hamm.

ANLAGE 2

Eckpunkte zur Arbeit am Runden Tisch

Der Runde Tisch gegen Radikalismus und Gewalt versteht sich als operatives Gremium des Hammer Appells. Er ist ein zivilgesellschaftliches Bündnis demokratischer Organisationen und Institutionen, an dem auch an der Sache interessierte engagierte Einzelpersonen beratend mitwirken können. Der Runde Tisch setzt sich für ein friedliches, menschliches und gewaltfreies Zusammenleben der Menschen aus verschiedenen Nationen, Kulturen und Religionen in der Stadt Hamm ein.

Strategisches Ziel des Runden Tisches gegen Radikalismus und Gewalt ist es, ein möglichst vielstimmiges, miteinander und aufeinander abgestimmtes „Konzert der demokratischen Kräfte“ für ein friedliches, menschliches und gewaltfreies Zusammenleben der Menschen aus den verschiedenen Nationen, Kulturen und Religionen in der Stadt Hamm zu ermöglichen. In diesem Sinne bemüht sich der Runde Tisch, Entscheidungen nach dem Prinzip der Einmütigkeit zu treffen. Dabei hat jede der beteiligten Organisationen gleichberechtigt Stimmrecht. Der Runde Tisch ist als zivilgesellschaftliches Bündnis jedoch kein parlamentarisches Gremium und unterliegt damit auch nicht den parlamentarischen Mehrheiten und Meinungsbildungsprozessen. Der Runde Tisch ist kein Ort der parteipolitischen Auseinandersetzung. Gleichwohl sind die demokratischen Parteien eingeladen, im Sinne des Hammer Appells gemeinsam mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen am Runden Tisch mitzuwirken. Der Runde Tisch sucht das Gespräch mit dem Rat der Stadt Hamm und pflegt den ständigen Informationsaustausch mit dem Büro des Oberbürgermeisters.

Minderheitenpositionen werden am Runden Tisch geachtet und respektiert. Bei Mehrheitsentscheidungen steht es den beteiligten Organisationen und Personen frei, ein gegebenenfalls abweichendes Votum auch öffentlich bekannt zu machen. Ausgeschlossen von der Mitarbeit sind rechtsextremistische Organisationen und Personen sowie alle weiteren Organisationen und Personen, die dem strategischen Ziel des Runden Tisches im Sinne des Hammer Appells

entgegen wirken.

Die am Runden Tisch beteiligten Organisationen sind aufgefordert, die hier behandelten Themen in ihre jeweiligen Arbeitsfelder hineinzutragen. Jede der beteiligten Organisationen ist gefragt, die strategische Zielsetzung des Runden Tisches sowohl intern als auch öffentlich durch eigene Veranstaltungen und Initiativen zu fördern.

Als operative Ziele strebt der Runde Tisch an, die Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen, im Sinne des Hammer Appells aktiven Gruppen zu fördern, die Prävention gegen extremistisches Gedankengut im Sinne des Hammer Appells durch geeignete Aktionsformen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und möglichst vielfältige, über das Jahr verteilte Veranstaltungsformen anzustoßen, die proaktiv die Gedanken des Hammer Appells publik machen und zur Beteiligung einladen. Zu diesem Zweck strebt der Runde Tisch möglichst bald mit Unterstützung der Stadtverwaltung die Erstellung und Pflege einer eigenen Homepage an, die u.a. auch auf Veranstaltungen im Geiste des Hammer Appells aufmerksam macht. Im Rahmen des zu erstellenden Handlungskonzepts der Stadt Hamm gegen Rechtsextremismus bietet der Runde Tisch den verantwortlichen Stellen seine Unterstützung an.

Beschlossen am 06. November 2014 durch den Runden Tisch gegen Radikalismus und Gewalt.

ANLAGE 3

Erarbeitung des Handlungskonzeptes

Zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes hatte die Stadt Hamm interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Initiativen, Schulen und Politik am Samstag, den **21. März 2015** von 14:00 bis 18:00 Uhr in die Volkshochschule im Heinrich-von-Kleist-Forum, Platz der Deutschen Einheit 1 in Hamm eingeladen.

Der 21. März wurde als Termin zum Auftakt nicht zufällig gewählt, der 21. März ist der Internationale Tag gegen Rassismus. Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus hatte die Städte und Kreise in Deutschland aufgefordert, am 21. März Bürgerdialoge und Bürgerforen zum Thema Rassismus durchzuführen, um den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern und einer weiteren Polarisierung in der Gesellschaft entgegen zu wirken.

Mit 120 Gästen wurden im Workshop an Thementischen Ideen und Handlungsansätze gesammelt und diskutiert. Die Ideen und Handlungsansätze sollten in das kommunale Handlungskonzept einfließen, das vom Rat der Stadt Hamm beraten und beschlossen werden soll.

Die Themen, die an den Tischen diskutiert wurden, waren folgende:

- * Politik, Verwaltung
- * Stadtbezirke
- * Medien
- * Religion
- * Jugendarbeit
- * Kultur und Freizeit
- * Schule und Bildung
- * Sport
- * Aktion, Demonstration

Die Ideen, Anregungen, Gedanken und Handlungsvorschläge, die von den Diskussionsteilnehmern an den Thementischen benannt wurden, waren die Arbeitsgrundlage für die weitere Konzept-

entwicklung.

Am **23. März 2015** hat der Rat die Verwaltung in öffentlicher Debatte beauftragt, gemeinsam mit dem Runden Tisch gegen Radikalismus und Gewalt ein Handlungskonzept zu entwickeln.

Am **23. April 2015** folgte der erste Workshop mit dem Runden Tisch und zwei Folgetermine zu den Themen: Positionsbestimmung, Ziele, Leitbild (Position des Rd. Tisches und der Stadtpolitik) entwickeln zu einem Positionspapier der Bürgergesellschaft; Handlungsfelder, Festlegung, Beteiligung von Akteurinnen und Akteuren, Einbindung in lokale bürgerschaftliche und politische Aktivitäten, Ausrichtung auf die Stadtbezirke; Maßnahmen, Sichtung der Ergebnisse Workshop, Zuordnung zu Handlungsfeldern, Priorisierung, Konkretisierung, Empfehlungen zur Umsetzung.

Am **05. Mai 2015** nahmen Vertreter des Runden Tisches und der Verwaltung gemeinsam an der Arbeitskonferenz der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg in Kooperation mit dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MFKJKS) in Schwerte, Reflektion teil, um den Handlungsrahmen für das Hammer Konzept abzustimmen.

Am **23. Mai 2015** vereinbarten der Runde Tisch und die Verwaltung Regeln als Grundlage für die Zusammenarbeit. Entscheidungen bei Kontroversen zu Leitbild, Zielen, Inhalten, Handlungsansätzen, Handlungskonzepten und Projektempfehlungen sollten mehrheitlich getroffen werden, Minderheitenvoten dokumentiert werden. Ziele, Konzepte und Projekte sollten spezifisch, messbar, aktionsorientiert, realistisch und terminiert sein. Die abschließende Entscheidung über die Aufnahme der erörterten Inhalte in das Handlungskonzept blieb der Stadt Hamm vorenthalten.

Am **10. Juni 2015** bildete der Runde Tisch Arbeitsgruppen zu den Handlungsschwerpunkten

- * Politik, Verwaltung, Stadtbezirke
- * Kultur und Freizeit, Sport, Religion
- * Schule und Bildung, Jugendarbeit
- * Aktion Demonstration, Medien

Die Arbeitsgruppen hatten den Auftrag, die Ergebnisse des Workshops zu sichten, in Handlungsschwerpunkte zu sortieren und die Handlungsschwerpunkte zu priorisieren. Folgend sollten die Handlungsschwerpunkte beschrieben werden (Problemlage, Ziele, Maßnahmvorschläge) und abschließend sollten konkreten Projekten zur Umsetzung der Maßnahmen entwickelt werden.

Die Arbeitsgruppen tagten im Zeitraum **Juli 2015 bis Januar 2016** fünf bis sieben Mal und verschriftlichten ihre Arbeitsergebnisse abschließend bis zum 01. Februar 2016. Die Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppen wurden in den Sitzungen des Runden Tisches am **02. September 2015** und am **23. November 2015** erörtert und Zwischenbilanzen wurden gezogen. Identifiziert wurden ferner themenbezogene Schnittstellen zwischen den Arbeitsgruppen.

Am **25. Februar 2016** wurde den Mitgliedern des Runden Tisches der Entwurf des Handlungskonzeptes zur gemeinsamen Erörterung am 03. März 2016 übermittelt. In der Sitzung des Runden Tisches am **13. April 2016** wurde der Entwurf erörtert und kritische Punkte abschließend abgestimmt.

ANLAGE 4

Stadtgeschichte der Zuwanderung - Zusammenfassung

Wie in Westfalen, im Ruhrgebiet hat auch in Hamm die Migration eine lange Geschichte. Die Gründe für die Zuwanderung der Menschen waren und sind vielfältig: Arbeitsmigration (Eisenbahn, Drahtindustrie, Bergbau, Behörden, Zwangsarbeit), religiöse Gründe (z. B. Tamile), Militär (Garnisonstandort, Besatzung), politische Gründe, Kriege (z. B. Geflüchtete, Vertriebene, DDR-Flüchtlinge, SBZ-Flüchtlinge, Aussiedler, Jugoslawienkriege).

Die Aufnahme von Fremden in Hamm verlief in der Geschichte nicht immer ohne Konflikte. Beispielsweise kam es im 18. Jahrhundert wiederholt zu Konflikten zwischen Bürgerschaft und Soldaten, die sich vor allem an den Lasten der Einquartierungen in Bürgerhäusern und an dem Nebenerwerb der Soldaten entzündeten, die damit den städtischen Handwerkern Konkurrenz machten. Auch die Beschlagnahme des ohnehin zu geringen Wohnraums zur Unterbringung von Geflüchteten und Vertriebenen und die schwierige Lebensmittelversorgung in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg führten zu Spannungen und Abgrenzungsverhalten.

Gemäß der NS-Ideologie wurden auch in Hamm oppositionelle Gruppen und Minderheiten im Dritten Reich ausgegrenzt, diskriminiert, verfolgt und teilweise ermordet. Seit den 1980er-Jahren haben sich aus der Bürgerschaft heraus Initiativen entwickelt, die durch verschiedene Formen der Gedenkkultur gerade an diesen Teil der Stadtgeschichte erinnern, dazu gehören die jährlichen Gedenkveranstaltungen am 9. November, die Aktion „Bücher aus dem Feuer“, die Woche der Brüderlichkeit und die Aktion „Stolpersteine“ zur Erinnerung an NS Opfer.

Der Wandel der Stadtverwaltung vom Leitbild „bürokratisch-zweckrationales Handeln“ zum bürgerorientierten Handeln in Bezug auf zugewanderte Menschen ist eine Entwicklung insbesondere der neunziger Jahre. Aus dem melderechtlichen-, ordnungsrechtlichen Umgang mit zugewanderten Menschen („Ausländerüberwachung“,

1959) entwickelt sich die Integration von Migrantinnen und Migranten und als wichtige „gesellschaftspolitische Aufgabe“. (Bericht: „Vorbildliche Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der Stadt Hamm“, 1991; Migrations- und Integrations-berichte des Amtes für soziale Integration für das Jahr 2002).